

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kitzinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

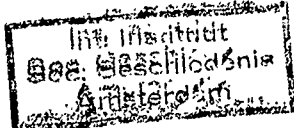


Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalettschluss, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 1. Juli 1932.



Lug und Trug.

Die Basis der Hitler-Partei.

SPD. Die deutsche Arbeiterklasse und mit ihr die deutsche Demokratie stehen in einem Kampf um Leben oder Tod. Barbarei und Untergang, oder Freiheit und Fortschritt, es gibt keine andere Wahl für das deutsche Volk und für die deutsche Nation. Das ist der Sinn des grossen Ringens, das angehoben hat und in dessen Anfangsstadium wir stehen.

Ob die auf Hitler und seine Kumpanei schwörenden Wählermassen den Betrug dieser Führer rechtzeitig erkennen oder nicht, darnach wird die Geschichte nicht fragen. Ins sogenannte Dritte Reich freiwillig mitgegangen oder gefangen der Hölle des Hungers, der Knute, der Unterjochung und furchtbarsten Menschenausbeutung werden wir alle gewiss sein, mit Hitler oder gegen ihn. Was sich heute in den Strassen der Städte und Dörfer abspielt, alles das ist erst der Beginn des Terrors und erst ein kleiner Vorschuss auf die Seligkeit des Nazi-paradieses.

Jahrelang haben die Nazi-Agitatoren und die Nazipresse Tag für Tag und Abend für Abend die Massen aufgepeitscht mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit, auf die Verarmung der Bauern und des Mittelstandes. Stempelstellen, Hunger, Not und Elend: das war das tägliche Brot dieser Agitation, von dem sie gelebt haben. Am Hunger und an dem Elend der Millionen von Mühseligen und Beladenen haben sich diese Nazis grossgesaugt, daran haben sie sich gemästet und daran sind sie fett geworden. Aus den geschundenen Knochen der Rentner und Kriegsbeschädigten, aus den zerrissenen Kleidern und Schuhen der Arbeitslosen, aus der Kälte des Winters und der kahlen Stuben der Ärmsten der Armen sind die Opfer erwachsen für die Hitler, Strasser, Kube und Goebbels, sind die Braunen Paläste entstanden. Hätte Hitler nie einen einzigen Heller aus den Kassenschränken der Thyssen und Krupp, der Schwerindustriellen, der Hohenzollern, der Junker, der Erzherzöge und Bankfürsten erhalten wären die zahllosen Millionen Mark und die Riesensummen für Propaganda, Zeitungen, Wahlkämpfe, Flugzeuge Paläste, Kasernen und der 400 000 Mann starken Armee von SA-Leuten, wären diese in die Hunderte von Millionen Mark gehenden Gelder einzig und allein nur von den hinter ihm marschierenden Arbeitslosen, der verarmten Kleinbürger, Studenten und Mittelständler pfennigweise zusammengetrommelt worden: um so grösser wäre unsre Berechtigung zu sagen, dass all dies nur geschehen ist, unter Ausbeutung der Not und des Elends und mit dem Hinweis auf das nahe Paradies. Dick und fett sind sie geworden und gross durch das Elend der Massen.

Aber siehe da: das Blättchen hat sich seit einigen Wochen gewendet. Für die Erwerbslosen? Für die Witwen? Für die Waisen, für die Rentner, für die Kleinbauern und Mittelständler, für die kleinen Angestellten und Beamten? Behüte! Seit dem Regierungsantritt der Barone hat sich die Lebenshaltung der Massen jäh verschlechtert. Eine einzige und die erste Notverordnung der Papen-Gayl-Schleicher hat von den Massen des Volkes die runde nette Summe von 1 1/2 Milliarden Mark gefordert, soviel wie einst die Jahressumme der nach dem

Youngplan zu zahlenden Reparationen. Mit einem einzigen Schlag haben diese Massen jährlich 1½ Milliarden aus ihren Knochen mehr herauszuschinden, denn um diesen Betrag sind ihre Bezüge und ihr armseliges Einkommen gekürzt, ist ihre Lebenshaltung herabgedrückt worden. Grenzenlos war die Freude der Hitler und seiner Mannen, als Brüning gestürzt wurde. Durch Hitlers Gnaden sind Herr v. Papen und die Seinen an die Macht gekommen. Die SA, von Brüning verboten, unter Papen marschiert sie wieder, marschiert in den feinsten, besten und buntesten Uniformen zum Krieg gegen - das Kapital und gegen die Kapitalisten? O nein! Gegen das Volk, gegen die Arbeiter! Unter Brüning sprach kein Strasser im Rundfunk für das Dritte Reich. Unter Papen reden sie! Gegen Thyssen, gegen die Schwerindustrie? Gegen die Grossagrarien, gegen die Banken, gegen die Zinsknechtschaft, gegen die Notverordnung? Bewahre! Sie reden für Arbeitsdienstpflicht der deutschen Jugend und 30 Pfennig Tagessold.

Am 30. Juni fiel die erste Rate der Papenverordnung. Die Rentner, die Witwen und Waisen waren die ersten Opfer. Herzerreissende Szenen haben sich an den Schaltern der Postämter abgespielt. Hat Hitler dagegen demonstriert? Sind die SA-Mannen in den schönen neuen Uniformen zum Protest auf die Strasse gezogen, gegen Papen und gegen den Abzug an den Renten? Ausgezogen sind sie, jawohl, in zahllosen Städten und Dörfern. In zahllosen Orten und Städten haben sie die Söhne dieser Rentner und Witwen zusammengestoßen und zusammengeschlagen, weil sie ihre eigne politische Meinung haben und gegen die Regierung der Nazibarone sind.

Das Blättchen hat sich gewendet. Aus den Blättern des Herrn Hitler geht es deutlich hervor. So tapfer und mutig aus diesen Kloaken die Beschimpfungen und Verwünschungen geflossen sind und noch fließen gegen die "Novemberbrecher", gegen die Gewerkschaften, gegen Brüning und seine Notverordnungen, heute kein Wort mehr gegen Notverordnungen. Kein Wort gegen die Regierung, die alles in Schatten stellt, was Brüning je vom Volk verlangt hat. Kein Wort gegen Papen, gegen die 1½ Milliarden, die nunmehr vom Volk herausgepresst werden sollen in Form von Rentenkürzungen, Abzügen, Salzsteuer, indirekten Steuern, Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützung und der Dauer der Arbeitslosenfürsorge auf sechs Wochen. Der "Angriff", das Naziblatt von Berlin, unterschlug sogar seinen Lesern den Inhalt der gesamten Papenverordnung. Kein Wort, dass gleichzeitig Millionen und Abermillionen Mark von Staatsgeldern zu Stützungsaktionen für die Grossen der Industrie und Landwirtschaft von den gleichen Nazibaronen gegeben werden. So hat sich das Blättchen gewendet. Das Volk zählt und blutet, aber die SA marschiert zum Bürgerkrieg! Das Volk hungert und wird geschlagen und erschossen von dieser losgelassenen, von den Nazibaronen wohlgeleiteten und gern gesehenen Privatarmee des Herrn Hitler. Eine Hand wäscht die andere. Herr Hitler wäscht die der neuen Regierung; und die neue Regierung die des Herrn Hitler.

Hitler kämpft um die Macht, denn das Heute ist ja erst der Anfang. Die deutsche Arbeiterklasse, Männer und Frauen, kämpfen um ihre politische Freiheit und um die soziale Befreiung vom Joche des Kapitalismus und seiner gut bezahlten und ausgehaltenen Kettenhunde. Aber auch wir sind erst am Anfang. Deutschland wird sozial und sozialistisch sein, oder es wird nicht sein. Barbarei oder Fortschritt, Hitler oder das Volk! Es ist uns nicht bange wer schliesslich siegen und leben wird! Freiheit und Sozialismus.

SPD. Frankfurt/M., 1. Juli (Eig. Dr.)

Der sozialistische Schriftsteller Eck-Troll ist nach mehrmonatigem schweren Leiden an Bauchfellentzündung und Darmkrebs im Alter von 48 Jahren gestorben. Ursprünglich Kaufmann von Beruf widmete sich Eck-Troll der Schriftstellerei. Später vereinigte er seine kaufmännischen und literarischen Fähigkeiten in der Herausgabe einer Feuilleton-Korrespondenz.

SPD. Frankfurt/Oder, 1. Juli (Eig. Dr.)

In Frankfurt a.O. wurden zwei Arbeiter von Nationalsozialisten schwer verletzt. Die Nationalsozialisten marschierten entgegen einem Verbot der Polizei durch eine Strasse, die hauptsächlich von Mitgliedern der Eisernen Front bewohnt wird. Als die Polizei gegen die Nazis einschritt, flüchteten die Rowdies, indem sie zugleich mehrere Schüsse abgaben. Ein Schuss traf einen Arbeiter ins Becken. Der andere schwerverletzte Arbeiter wurde bewusstlos geschlagen.

SPD. Im Preussischen Landtag haben die Nazis u.a. einen Antrag zur Neuregelung der Einkommensteuer eingebracht. Sie verlangen im wesentlichen:

- 1) dass die Jahreseinkommen bis zu 3 000 Mark durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums und Erhöhung der Familienermächtigungen von der Einkommensteuer (Lohnsteuer) befreit und
- 2) dass die Jahreseinkommen über 46 000 Mark zu 80 % weggesteuert werden.

Dieser Antrag ist masslos demagogisch. Einmal unterliegt die Einkommensteuer der reichsgesetzlichen Regelung und demgemäss kann sie nur vom Reichstag und nicht vom Landtag abgeändert werden. Es ist also nichts leichter und ungefährlicher, als in einem Landtag einen Antrag einzubringen, über den nur der Reichstag eine gültige Entscheidung treffen kann.

Was bedeutet der Naziantrag aber in sachlicher Beziehung? Werden alle Einkommen bis zu 3 000 Mark jährlich von der Einkommensteuer befreit, so sind 86 % aller Einkommen- und Lohnsteuerpflichtigen steuerfrei. Das bedeutet einen Steuerausfall von 750 Millionen. Hinzu kommen weitere erhebliche Ausfälle wegen der erhöhten steuerfreien Beträge. Es wäre deshalb mit einem Gesamtausfall an Einkommensteuer von insgesamt 1100 Millionen zu rechnen. Dieser Ausfall wird durch Wegsteuerung von 80 % der über 46 000 Mark hinausgehenden Einkommen im besten Falle um 400 Millionen ausgeglichen. Es verbleibt also ein ungedeckter Fehlbetrag von 700 Millionen. Durch diesen riesigen Fehlbetrag wird der Naziantrag zu einem ganz infamen Angriff auf die Arbeitslosen gestempelt. Denn die notwendige Folge eines so hohen Defizits ist, dass die Sozialausgaben endgültig und vollständig eingestellt werden. Keinen Pfennig für die Arbeitslosen: das wäre die unmittelbare Folge der Durchführung des nationalsozialistischen Antrags. Dann wäre erreicht, was Herr Feder in den Erläuterungen zum Parteiprogramm der NSDAP gesagt hat: "Es ist nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren."

Hinter der nationalsozialistischen Steuerdemagogie verbirgt sich die schlimmste sozialreaktion!

SPD. Paris, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Herriot äusserte sich am Freitag nach dem Ministerrat bei einem Presseempfang folgendermassen über den gegenwärtigen Stand der Lausanner Verhandlungen:

"Wir sind mit den Engländern über zwei wesentliche Fragen vollkommen einig: über die Verbindung des Reparations- und des Schuldenproblems und über die Zahlung einer Schlussumme durch Deutschland. Einige weitere Fragen von geringerer Bedeutung sind noch zu regeln, aber ich hoffe, dass wir uns auch darüber verständigen werden und zwar unter allen Gläubigermächten. Alles dreht sich jetzt darum, ob Deutschland diese Regelung annehmen wird. Das Schicksal der Konferenz liegt in den Händen Deutschlands."

SPD. Der Preussische Staatsrat hat am Freitag beschlossen, gegen das von den Nationalsozialisten eingebrachte und von der Nazi-Kozi-Mehrheit des Preussischen Landtags angenommene Amnestiegesetz Einspruch zu erheben. Mit den Kommunisten stimmte u.a. der Reichsminister des Innern für das Gesetz, gegen den Einspruch. Herr von Gayl ist also mit den Nazis dafür, dass keine Notdelikte sondern nur die politischen Radaudelikte amnestiert werden.

SPD. München, 1.Juli (Eig.Drahtb.)

In einem Aufruf an die Bevölkerung, mit dem die bayerische Regierung nach aussen hin zunächst die Vergewaltigungsaktion der Junkerregierung gegen die Länder abschliessen will, wird noch einmal festgestellt, dass nunmehr die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Lande aufs äusserste erschwert sei. Trotzdem werde die Regierung mit dem Einsatz der ihr zu Gebote stehenden Mittel allen Störungsversuchen mit Entschiedenheit entgegen-treten.

Der Aufruf schliesst mit einem Appell an die politischen Parteien und Verbände, im Interesse des inneren Friedens auf den öffentlichen Strassen und Plätzen Herausforderungen Andersdenkender und Ausschreitungen zu vermeiden und sagt zum Schluss: "Bayern wird und muss ein Rechtsstaat bleiben, in dem das Recht und der Schutz der eigenen Meinung jedem im Rahmen der allgemeinen Gesetze gewährleistet ist."

SPD. Hamburg, 1.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Hamburger Senat teilt mit: "Der Senat hat gemäss § 3 der ersten Ver-ordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politi-sche Ausschreitungen die "Hamburger Nachrichten" wegen einer Reihe von Be-hauptungen und Bemerkungen in dem offenen Brief der Hauptschriftleitung an den Reichskanzler in Nr.198 der Zeitung, die von völlig unrichtigen Annah-men ausgehen, verwarnt. Der Senat hat gleichzeitig den "Hamburger Nachrichten mitgeteilt, dass, nachdem sie bereits zweimal verwarnt worden sind, die durch die Verordnung vom 14.Juni 1932 gegebene Möglichkeit eines Verbotes künftig in gleichartig gelagerten Fällen unnach-sichtig angewandt werden wird."

Diese Verwarnung lässt nicht erkennen, ob sie auf Veranlassung der Reichs-regierung erfolgt ist oder lediglich vom Hamburger Senat ausgeht. Da aber der Reichsregierung der Inhalt des offenen Briefes und des ihm vorangegange-nen nicht minder scharf formulierten Leitartikels der "Hamburger Nachrichten" bestimmt bekannt geworden ist, muss man aus der Tatsache der Verwarnung schli-sen, dass die Reichsregierung trotz der Unterstellung, sie könnte sich der Ausführung eines Staatsstreichs geneigt zeigen, keinen Anlass sieht, auch nur entfernt in "so schneidiger Weise" gegen die Blätter der Rechten vorgehen wie etwa gegen den "Vorwärts" oder die "Kölnische Volkszeitung".

SPD. Frankfurt/M., 1.Juli (Eig.Drahtb)

Die "Rhein-Mainische Volkszeitung", das Organ des westdeutschen Zentrums beschäftigt sich sehr kritisch mit einem Artikel der Zeitschrift des famösen Herrenklubs "Der Ring". In diesem Artikel des jungkonservativen Organs wird mit grosser Unverfrorenheit vom Staatsstreich als der selbstverständlichsten Sache gesprochen. Mit dem Sturz Brüning's sei der parlamentarische Weg endgül-tig verlassen und das erste Präsidialkabinett der deutschen Republik ins Amt getreten. Die Regierung Papen-Schleicher sei kein Uebergangskabinett, sondern

als eine für die Dauer bestimmte Präsidialregierung anzusehen. Der Reichstag werde nur ein Schattendasein führen.

Das Zentrumsblatt betont dazu, dass diese Rechnung ein Loch hat: die Reichsverfassung dulde keine dauernde Ausschaltung des Reichstages. Wenn also die Regierung Schleicher-Papen verfassungstreu bleiben wolle, so müsse sie nach dem 31. Juli eine parlamentarische Mehrheit finden oder abtreten. Andernfalls müsste zu dem Pakt zwischen Schleicher und Hitler Herr von Hindenburg hinzutreten, d. h. der Reichspräsident müsste sich zu einer Haltung entschließen, die mit der Verfassung nicht mehr in Einklang zu bringen, sondern ein offen diktatorischer Zustand, also Verfassungsbruch wäre. Da an dem Willen Herrn von Hindenburgs, seinen Eid auf die Verfassung zu halten, kein Zweifel erlaubt sei, müsste er zu diesem Zweck von seinen Beratern grausam getäuscht werden.

Die Rhein-Mainische Volkszeitung schliesst ihre bemerkenswerten Ausführungen mit der Feststellung, dass der Machtanspruch der jetzigen Regierung ein fortgesetztes Spiel mit der Staatskrise sei.

SPD. München, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Die zwischen der bayerischen Volkspartei und dem Bauernbund aussichtsreich geführten Verhandlungen, die unter Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit beider Parteien auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Reichstagswahlen am 31. Juli und auf eine allgemeine politische Zusammenarbeit abzielten, sind kurz vor ihrem Abschluss gescheitert. Die Schuld daran trägt die Bayerische Volkspartei, die verlangte, dass die für den gemeinsamen Wahlvorschlag benannten Kandidaten des Bauernbundes sich auf das Programm der Bayerischen Volkspartei verpflichten müssten. Auf diese Forderung, die tatsächlich eine Preisgabe der parteipolitischen Selbständigkeit des Bauernbundes bedeutet hätte, ging der Bauernbund nicht ein.

SPD. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die die vom Reich zur Durchführung von Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellten Gelder verwaltet, hat nach ihrem Geschäftsbericht im verflorenen Jahr rund 37,4 Millionen Mark Kredite ausgezahlt, womit sich die Gesamtauszahlungen seit dem Bestehen der Gesellschaft auf 71 Millionen Mark steigern. Für das neue Arbeitsprogramm stellt die Anstalt 30 bis 35 Millionen Mark zur Verfügung. Diese Summe dürfte sich durch Beiträge der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung auf 50 Millionen Mark erhöhen. Die Dividende beträgt 5%. Das entspricht einer Summe von 7,5 Millionen Mark.

SPD. Genf, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Luftfahrtkommission der Abrüstungskonferenz sind zwei neue Vorschläge zugegangen, die sich mit der Internationalisierung der Zivilluftfahrt befassen.

Die deutsche Delegation schlägt vor, von einer weiteren Bearbeitung der verschiedenen Internationalisierungspläne Abstand zu nehmen und ohne Rücksicht auf diejenigen Beschlüsse, welche die allgemeine Konferenz bezüglich der ganzen oder teilweisen Abschaffung der Militärluftfahrt treffen werde, der Kommission an wirksamen Massnahmen diejenigen Bestimmungen zu empfehlen, die von der Botschafterkonferenz Deutschland auferlegt worden sind. Danach wäre allen Mächten zu untersagen: 1. Zivilluftfahrzeuge zu bauen, zu unterhalten, einzuführen oder in Verkehr zu bringen, die in irgendeiner Weise gepanzert oder ge-

schützt sind, oder die mit Einrichtungen zur Aufnahme von Kriegsmaterial, jeder Art, wie Kanonen, Maschinengewehren, Torpedos, Bomben, oder mit Abwurfvorrichtungen für solches Kriegsmaterial versehen sind. 2. jede Ausbildung und Fortbildung irgendwelcher Personen in der Zivilluftfahrt, die einen militärischen Charakter oder Zweck haben, 3. jede Ausbildung und Tätigkeit von Militärpersonen in der Zivilliegerei, 4. die Unterhaltung irgendwelcher militärischen Zwecken dienender Beziehungen zwischen Militär- und Marineverwaltungen und der Zivilluftfahrt, 5. die Unterstützung des Flugsports durch öffentliche Mittel jeder Art, 6. das absolute Verbot des Abwurfs von Bomben und anderen Kampfmitteln aus der Luft.

Die schweizerische Delegation hat eine Erklärung für die Annahme eines internationalen Statuts über die Zivillaviatik ausgearbeitet. Nach diesen Vorschlägen soll das Statut folgende Hauptpunkte festlegen: 1. Die Zivilluftfahrt sämtlicher Parteien wird der Kontrolle einer internationalen Organisation (z.B. dem Völkerbund) unterstellt, deren Hauptaufgabe darin besteht, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse für eine gesunde Entwicklung des Handels und Privatluftverkehrs über die Sicherheit zu wachen. 2. Das Arbeitsorgan dieser Organisation müsste in einem Sonderausschuss bestehen, welcher der ständigen Kommission für die Abrüstungskontrolle angehört, mit einem ständigen Sekretär, Sachverständigen und dem Prinzip der Veröffentlichungspflicht für die Zivilluftfahrt. 3. Jede Vorbereitung für Kriegszwecke müsste innerhalb der Zivilluftfahrt verboten werden. 4. Das Komitee hätte u.a. die juristischen Grundlagen für die fortschreitende Internationalisierung der Hauptlinie der Zivilluftfahrt der Welt vorzubereiten, womit es zu einem praktischen Versuch im Einvernehmen mit sämtlichen interessierten Staaten mit der Organisation einer bedeutenden Linie zu beginnen hätte (z.B. mit der Linie Europa und Asien oder Europa-Südamerika). Auf der Grundlage der bei diesem Versuch gewonnenen Erfahrungen würde dann das Komitee zu Händen einer internationalen Konferenz Vorschläge ausarbeiten. Ferner würde dem Komitee die qualitative, quantitative, wirtschaftliche und Personalkontrolle über die Zivilluftfahrt, ihre Fabriken und Unternehmungen zustehen. Der Vorschlag wird an die Voraussetzung geknüpft, dass die Luftbombardements sowie Bombenflugzeuge verboten werden.

SPD. Braunschweig, 1. Juli (Eig. Drahtb)

Im Hauptausschuss des Braunschweigischen Landtags brachten die Nazis und die ihnenhörige bürgerliche Rechte am Freitag einen gemeinsamen "Amnestie-Antrag" ein, der indessen noch toller ist als der von den Nazis im Preussischen Landtag eingebrachte Antrag, als er Straffreiheit für alle rechtsradikalen Verbrechen verlangt. Von der Amnestie sollen ausdrücklich alle diejenigen Taten ausgenommen sein, die "aus einer Gesinnung heraus begangen sind die die Volksgemeinschaft durch klassenkämpferische oder internationale Bestrebungen gefährden". Neben diesem Passus, der praktisch die Ausschliessung aller linksstehenden Verurteilten und Angeklagten bedeutet, wird die Straffreiheit noch bei bewusster planmässiger Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, mithin bei besonders rohen Taten mit niedriger Gesinnung verweigert. Da die Nazis zusammen mit den bürgerlichen Parteien im Ausschuss die Mehrheit haben, dürfte mit der Annahme dieser Amnestieverhöhnung zu rechnen sein.

SPD. Paris, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" gibt in seinem Leitartikel folgende Darstellung über den gegenwärtigen Stand der Lausanner Verhandlungen:

"Die Stellungen haben sich seit 48 Stunden nicht geändert und ebenso wenig wie man den Abbruch der Verhandlungen voraussehen kann, darf man glauben, dass die Frage tatsächlich schon geregelt sei. Ueberraschungen bleiben in dem einen wie anderen Sinne möglich. Wir glauben, dass bei dem gegenwärtigen Stand der Beratungen noch nichts Endgültiges festgelegt ist, aber alle Einigungsmöglichkeiten, die man am Mittwoch unterscheiden konnte, bleiben bestehen. Unter Vorbehalt der Erklärung, die der Reichsfinanzminister am Freitag-Nachmittag in der Sitzung der einladenden Mächte abgab, haben die Deutschen noch nicht endgültig das Prinzip der Zahlung einer Abschlagssumme angenommen, aber sie haben sie auch noch nicht abgelehnt. Sie leugnen ihre Verpflichtungen nicht ab, aber behaupten ständig, dass Deutschland nicht in der Lage sei, noch irgend etwas auf Reparationskonto zu zahlen. Diese These ist durch die Anregung von Papens selbst Lügen gestraft worden, nach der Deutschland einen Beitrag zu einer allgemeinen Anstrengung um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gegen die Anerkennung der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen leisten könnte. Wenn eine prinzipielle Einigung zwischen den Vertretern der fünf Gläubigerstaaten über die Zahlung einer Abschlagssumme erzielt ist, ist bis jetzt noch keine mit den Deutschen zustande gekommen, weder über die Bedingungen noch über die Durchführungsmöglichkeiten einer solchen Lösung. Die überall zitierten Ziffern betreffend die Höhe der Abschlagssumme und die Angaben über die Modalitäten für die Bonds, die Deutschland zu übergeben hat, müssen mit allem Vorbehalt aufgenommen werden. Schliesslich verlangen die Deutschen immer wieder eine endgültige Lösung unter dem Vorwand, dass das Reparationsproblem nicht rechtlich mit dem Schuldenproblem verbunden werden darf, während die fünf Gläubigerländer jedes Arrangement über die Reparationen von einer endgültigen Regelung der interalliierten Kriegsschulden abhängig machen wollen."

SPD. In der Angelegenheit des vom Reichsinnenminister von Gayl geforderten Verbots des "Vorwärts" hat der 4. Strafsenat des Reichsgerichts am 1. Juli unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Binger folgenden Beschluss gefasst:

Das Verbot wird für zulässig erklärt, der Senat ist der Auffassung, dass die in Frage kommenden Artikel geeignet sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung verächtlich zu machen, zudem aber auch lebenswichtige innen- und aussenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält zumal in der jetzigen Zeit einen wirksamen Schutz dieser Interessen für unbedingt erforderlich.

Über die Frage eines Verbots der "Kölnischen Volkszeitung" wird der Senat erst am Sonnabend mittag entscheiden.

Da bisher dem "Vorwärts" amtlich keine Mitteilung von einem Verbot gemacht worden ist, erscheint er weiter.

+ + +
Herr von Gayl hat für seine Verbotsdrohung gegen den "Vorwärts" die Assi-
stenz des 4. Strafsenats des Reichsgerichts gefunden. Die Entscheidung dieses
Senats steht in striktem Widerspruch zur bisherigen Judikatur des Reichs-
gerichts.

Worin soll die Verächtlichmachung, die Gefährdung lebenswichtiger innen-
und aussenpolitischer Interessen bestehen, warum soll der "Vorwärts" verboten
werden? Weil er auf den Zusammenhang zwischen der neuen Hitleruniform und
der Notverordnung vom 14. Juni hingewiesen hat, die das arbeitende Volk mit
 $1\frac{1}{2}$ Milliarden belasten. Weil er den politischen Zusammenhang zwischen dem

Kabinetts Papen und der Hitler-Partei blossgestellt hat. Das nennt das Reichsgericht lebenswichtige innen- und aussenpolitische Interessen des Reiches gefährden!

Die Wahrheit lässt sich nicht unterdrücken und die Wahrheit ist, dass Hitler die Reichsregierung von Schleicher - von Papen nicht nur toleriert, sondern ausdrücklich billigt. Die Wahrheit ist, dass um den Preis der Aufhebung des Uniformverbots Hitler die Hungernotverordnung dieser Regierung toleriert. Die Wahrheit ist, dass in der nationalsozialistischen Propaganda kein Wort gegen die Regierung des Hungerdiktats fallen darf. Die Wahrheit ist, dass die Hitlerpropaganda frech die Verantwortlichkeit Hitlers für die Regierung des Hungerdiktats und für die Hitler-Notverordnung vom 14. Juni abzuleugnen versucht. Die Wahrheit ist, dass der innere politische Zusammenhang zwischen den Notverordnungsjacken der Hitler'schen SA und der Hitler-Notverordnung schief im Bewusstsein des Volkes sitzt und dass er durch nichts, auch durch kein Zeitungsverbot mehr verhüllt werden kann!

Mag auch die Meute der rechtsradikalen Hetzpresse noch so sehr toben und den Reichsinnenminister zu weiteren Verbotsmassnahmen angreifen, die Brandmarkung des Hitlerschen Volksverrats wird ungehemmt weitergehen!

Zu der Begründung, dass der "Vorwärts" lebenswichtige innen- und aussenpolitische Interessen des Reiches gefährdet habe, sagen wir nur folgendes:

Wenn in der rechtsradikalen Presse die Reichsregierung offen zum Verfassungsbruch aufgefordert wird, wenn die rechtsradikale Presse zum Mord hetzt, wenn der "Völkische Beobachter" die Nationalsozialisten auffordert, die Polizeigewalt ausser Kraft zu setzen und selber Polizei zu spielen, wenn er die Regierungen der grössten deutschen Länder frech beschimpft, wenn der Mordhetz Goebbels erklärt, "gehenkt wird doch" - dann gefährdet dies alles nicht lebenswichtige innen- und aussenpolitische Interessen des Reiches!

Nach dieser Feststellung ist über das Wesen dieses Zeitungsverbots kein Wort weiter zu verlieren. Die Herrschaften in der Reichsregierung stammen aus jenen Kreisen, die im Krieg die Verantwortung getragen haben für das Unglück Deutschlands. Sie werden selbstverständlich das, was sie während des Krieges getan haben, als restlos vorbildlich ansehen, und so werden sie es nicht als Verächtlichmachung ansehen dürfen, wenn wir feststellen, dass ihre Pressepolitik in die Bahnen der Kriegspressepolitik hineinsteuert.

Sie mögen sich darüber im klaren sein, dass mit solchen Methoden ihr Fiasco am 31. Juli nicht aufzuhalten, sondern nur noch verstärkt werden wird!

SPD. Wien, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Freitagsitzung des Wiener Landtags kam es zu einem grossen Klamauk mit den Nationalsozialisten, der schliesslich damit endete, dass die Hakenkreuzlerischen Abgeordneten von den Sozialdemokraten kräftige Prügel erhielt.

Schon zu Beginn der Sitzung begannen die Nationalsozialisten, mit heftigen Rufen und lautem Gebrüll den sozialdemokratischen Präsidenten Dannenberg zu beschimpfen. Es war keinem der Sozialdemokraten möglich zu sprechen, da die 15 Nationalsozialisten einen solchen Lärm machten, dass alle Worte in ihrem Geschrei untergingen. Der Führer der Nationalsozialisten, der sich erhob und, ohne das Wort zu haben eine Rede halten wollte, wurde von den Sozialdemokraten mit Zurufen wie "Literarischer Dieb" und "Lausbub" niedergeschrien. Darauf stürzten die 14 Nazis auf die Sozialdemokraten. Es kam zu einem allgemeinen Handgemenge, in dem hin und hergestossen, geboxt und geschlagen wurde. Einigen Abgeordneten wurden Kragen und Kleidungsstücke heruntergerissen. Der Krawall endete sehr bald damit, dass die Hakenkreuzler kräftige Prügel bekamen und sich rasch zurückzogen. Die Sitzung konnte dann beendet werden.

SPD. Paris, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat in einem Ministerrat, der am Freitag-Vormittag im Elysee stattfand, endgültig den von dem Finanz- und dem Budgetminister ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Ausgleichung des Budgets angenommen.

Der Gesetzentwurf sieht Ausgabeneinschränkungen und neue Einnahmen in Höhe von rund vier Millionen Francs vor. Die Militärausgaben sollen um $1\frac{1}{2}$ Milliarden gekürzt werden. Diese Kürzungen sollendurchgeführt werden durch eine Heraufsetzung des Einberufungsalters (gegenwärtig 21 Jahre), durch erweiterten Urlaub, durch eine Verzögerung der Prämienzahlung an Berufssoldaten (nach 10 Jahren statt nach fünf Jahren Dienstzeit), durch eine Verringerung der Zahl der Unterleutnants und ihre Ersetzung durch Unteroffizier und Feldwebel sowie das Unterbleiben der Neueinstellung von Militäragenten. Ferner ist eine Kürzung der Gehälter des Präsidenten der Republik und der Minister sowie der Diäten für die Abgeordneten und Senatoren um fünf Prozent vorgese-hen. Eine gleiche Kürzung soll bei den Personalausgaben sämtlicher Ministerien und Staatsbehörden durchgeführt werden, und zwar durch die Abschaffung verschiedener Posten, Verringerung der Aufwandsentschädigungen, Verlangsamung der Beförderungen usw. Ausserdem soll die durch ein früheres Gesetz beschlossene Erhöhung der Ruhestandsgelder ab 1933 auf ein späteres Datum verlegt werden. Die Zahlung der Witwenpension soll eingestellt werden, wenn die Witwe wieder eine Ehe eingeht. Die Kriegsteilnehmerpensionen sollen nur noch an Personen ausgezahlt werden, die nach Vornahme der verschiedenen Abzüge noch ein Nettoeinkommen von unter 5 000 Francs zu versteuern haben. Durch eine Verringerung der Versicherungsleistungen für Landarbeiter sollen 90 Millionen eingespart werden. Die neuen Einnahmen betreffen die Erhöhung der Verbrauchssteuer für Kaffee, die Anwendung der zweiprozentigen Umsatzsteuer auf Automobiletransporte, Abschaffung der Befreiung von der Umsatzsteuer bei konzessionierten Unternehmen (vor allem Elektrizitätswerke), Einführung einer 16 prozentigen Steuer auf die Zinsen aus Sparkassengeldern und eine Neuregelung der Berechnung der Einkommensteuer.

Der Gesetzentwurf wurde von Herriot zu Beginn der Nachmittagssitzung der Kammer auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Auf Wunsch des Ministerpräsidenten beschloss die Kammer mit 434 gegen 1 Stimme, für seine Beratung das Verfahren der äussersten Dringlichkeit anzuwenden. Der Entwurf wurde der Finanzkommission überwiesen, die sofort mit seiner Prüfung begann. Herriot erschien am Freitag vor der Kommission, um die Vorlage zu verteidigen. Er benützte die Gelegenheit, um die Kommission über den Stand der Lausanner Konferenz zu unterrichten.

SPD. Weimar, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Thüringer Landtag lehnte am Freitag Auflösungsanträge der Nazis und Kozis ab.

Der Abstimmung ging eine vielstündige Redeschlacht voraus. Der Sprecher der Nationalsozialisten griff die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten scharf an, während er die Kommunisten sehr schonte. Den Nationalsozialisten wurde von keiner Seite etwas geschenkt. Rücksichtslos wurde ihre volksverräterische Politik aufgezeichnet. Besonders scharf nahm sich der sozialdemokratische Redner die Nationalsozialisten vor.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Weimar hob der Landtag ferner die Immunität des Nazi-Abgeordneten Sauckel auf. Sauckel hat in einer Versammlung im Nationaltheater in Weimar am 24.3.1931, in der Oberleutnant a.D. Schulz als Redner auftrat, einleitend gesagt: "Es sei nach seiner Ansicht besser, wenn im Nationaltheater ein Mann wie Oberleutnant a.D. Schulz spreche, als dass seinerzeit eine Horde von Verrätern und Feiglingen sich angemastet habe,

an dieser Stätte einen neuen Staat aufzubauen." Für die Aufhebung der Immunität stimmten ausser den Sozialdemokraten die Deutsche Volkspartei und einige Mitglieder des Landbundes. Die Kommunisten stimmten gegen die Aufhebung der Immunität.

SPD. Lausanne, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Reparationsausschuss der Lausanner Konferenz musste sich am Freitag auf rein formale und technische Beratungen beschränken. Ohne Anteilnahme Deutschlands haben die Vertreter der fünf Gläubigermächte ein sogenanntes Rahmenwerk für die Schlusserklärung aufgestellt, aus dem die Grundfragen natürlich noch herausgelassen sind. Nach französischer Angabe wurde eine Einigung erzielt über die Modalitäten für eventuelle Schuldverschreibungen, die Zeit bestimmt für die Einzahlungen und die Realisierung von Kreditbonds.

Im Laufe des Nachmittags hatten MacDonal und von Papen eine längere Unterredung, die der am Sonnabend wieder auflebenden Debatte über die entscheidenden Grundfragen des Reparationsproblems galt. Unmittelbar nach Herriots Ankunft wird am Sonnabend die auf zehn Uhr angesetzte Sitzung des Reparationsausschusses durch eine Unterredung MacDonal, von Papen, Herriot eingeleitet. Die genannten Grundfragen des Reparationsproblems sind das Junktim von Reparationen und Kriegsschulden (Sicherungsklausel) sowie das Angebot einer tragbaren Lösung der Reparationen an Deutschland. Bisher wollen die Gläubiger Deutschland nicht aus der Verpflichtung entlassen, auch das Risiko für ihre Kriegsschulden an Amerika zu tragen. Herriots neuer Weg zur Lösung soll nun darin bestehen, dies Junktim abzulösen, ohne Amerikas spätere Haltung zu einem Schuldenerlass vorwegzunehmen.

Von deutscher Seite wird erklärt, dass diese Beseitigung die Annahme einer Reparationsablösung wesentlich erleichtern werde. Durch eine eventuelle Opferung dieses Junktims würde die gesamte Ablösungsleistung Deutschlands wesentlich geringer werden, doch liegt die Gefahr auf der Hand, dass die bisher für reine Reparationen genannten Leistungen höher bemessen werden. Deutschlands Vertretung hat die weitere Gefahr zu gewärtigen, wiederum einem einheitlichen Vorschlag gegenüberzustehen, dessen Ablehnung die Schuld für die Vertagung der Konferenz einschliessen müsste. Es wird in Kreisen der deutschen Delegation gar nicht mehr verhehlt, dass jede Zustimmung zu einer wie auch immer geartete Ablösung der Reparationen wegen der schweren innenpolitischen Belastung des Kabinetts für den Wahlkampf als unmöglich erscheine.

SPD. Genf, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Die ausserordentliche Vollversammlung des Völkerbundes hat am Freitag-Nachmittag die von Madariaga-Spanien eingebrachte Entschliessung einstimmig angenommen, durch welche die Türkei zum Eintritt in den Völkerbund aufgefordert wird. Es sollen ihr die gleichen erleichterten Bedingungen wie Mexiko gewährt werden. Die Aufnahme wird in einer Sondersitzung im Laufe des Juli erfolgen.

Die Versammlung genehmigte weiter die Verlängerung der Frist für den Mandschurei-Bericht der Völkerbundskommission. Als spätestster Termin wurde der 1. November festgesetzt. Der chinesische Delegierte Yen bezeichnete die Verlängerung als eine Unterstützung der japanischen Verschleppungstaktik und fragte, warum die Kommission nicht schon früher nach der Mandschurei gereist sei. Er verlangte ferner eine Erinnerung Japans an seine Pflichten aus den beiden Ratsbeschlüssen, welche die territoriale Unversehrtheit Chinas garantieren. Der Vorsitzende Hymans gab Yen zur Antwort, dass China kein Risiko laufe, da die Ratsbeschlüsse weiter in Kraft bleiben.

Aus aller Welt

Der Rasputin-Orden.

Aus der Geschichte eines Schmuckstückes - Ein geheimnisvoller Einbruch.

SPD. Vor einigen Tagen wurde in einem Juweliergeschäft der Berliner Friedrichstrasse eingebrochen; das wertvollste Stück, das den Dieben in die Hände fiel, ist der sogenannte Rasputin-Orden, der eine abenteuerliche Geschichte hinter sich hat.

Nach der mühsamen Niederwerfung der russischen Revolution von 1905 wird durch den Beichtvater des Zaren am russischen Hof ein geheimnisvoller Mann eingeführt, ein Mönch namens Grigory Efimowitsch Rasputin, dessen sonderbare Persönlichkeit mit ihrem Fluidum mittelalterlich-religiöser Mystik einzig da steht in der Geschichte unseres "aufgeklärten" Jahrhunderts. Rasputin - sein Name ist von "rasputnik" abgeleitet, was soviel wie "Schürzenjäger" bedeutet - hat sich weder in den sibirischen Sümpfen, an deren Rand er seine Jugend verbrachte, noch am Petersburger Hof von seinem "heiligen Gewand" abhalten lassen, seiner sprichwörtlichen Leidenschaft für das schönere Geschlecht nachzugeben - einer Leidenschaft, die ihn im Schlussakt seines Lebensdramas blindlings in die Kugeln der Mörder hineinlaufen liess.

Mit einem quacksalberischen Knalleffekt wusste Rasputin die abergläubischen Hofkreise von Zarskoje Selo für sich zu gewinnen: er heilte den kleinen Zaréwitsch von seiner Bluter-Krankheit scheinbar durch Gebete - in Wirklichkeit durch ein Pulver, das er einem befreundeten Arzt verdankte. Von diesem Augenblick an war die Zarin Alexandra dem Wundermönch verfallen, und mit ihr weite Kreise des Zarenhofes, die er durch die Kraft seiner suggestiven Persönlichkeit zu begeistern verstand. Die Zarin hält ihn für Gottes unmittelbaren Sendboten an Russland, vom Himmel selbst geschickt, um den Zaren über die feige Bequemlichkeit der Minister, der lügnerischen Gehässigkeit der herrschenden Gesellschaft hinweg die Stimme der russischen Erde vernehmen zu lassen. Sie veranlasste den Zaren, dem Mönch eine Auszeichnung zuteil werden zu lassen, wie sie nur selten ein Herrscher vergibt: ein eigener Orden wird für Rasputin geschaffen und ihm als Einzigem verliehen - eine goldgeränderte Emailleplakette, mit Emblemen verziert, vier Zentimeter hoch und sechs Zentimeter breit, an einem Band in ungewöhnlichen Farben. Dieser Rasputin-Orden sollte eines jener winzigen Requisiten der Weltgeschichte werden, die von Sturm und Wandel der Zeit besser zu erzählen vermögen als dickleibige Historienbücher.

Die Gunst der Zarin verschafft Rasputin unversöhnliche Feinde. Im Krieg beginnt sein Einfluss nachzulassen. Es kommt zur offenen Verschwörung der Hofoffiziere gegen ihn. Fürst Felix Yussupoff wusste, dass seine Frau, die Prinzessin Irina, von Rasputin geliebt wurde, und lud ihn eines Abends zu sich ein. Man gab dem Mönch vergifteten Wein zu trinken, vergifteten Kuchen zu essen, und endlich lockte man ihn unter dem Vorwand, ihn zu Irina zu führen, in ein Nebenzimmer. Dort lauerten mit gespannten Revolvern Yussupoff, Grossfürst Dimitri Pawlowitsch und Purlschkiewitsch. Kaum hatte Rasputin das

Zimmer betreten, als er von den Kugeln, durch den Vorhang abgeschossen, niedergestreckt wurde. Man packte den noch Lebenden in ein Auto und warf ihn in die Nawa. Am Brückenposten fror seine Kutte an; in den gefalteten Händen hielt er das Kreuz umklammert; am Hals trug er seinen Orden. So fand man ihn am Morgen des 30. Dezember 1916.

+

Zwölf Jahre vergingen. In alle Winde wurden die Akteure jener Ereignisse zerstreut. Yussupoff eröffnete in Paris einen Modesalon. Zwei Söhne Rasputins blieben in Sowjetrussland. Seine Tochter Maria heiratete in Paris einen ehemaligen russischen Offizier namens Solovieff, der 1928 starb und seine Frau mit zwei Kindern zurückliess. Maria ergriff einen Beruf und wurde Tänzerin, trat in Paris, Hamburg, Bukarest, Dresden auf. Eines Tages wurde ihr ein Vertrag mit dem Zirkus Busch in Berlin vorgelegt. Sie akzeptierte und fuhr nach Berlin.

Hier erfuhr sie zu ihrem Entsetzen, dass sie in einem Schaustück auftreten sollte, das man aus der Tragödie Rasputins für die groben Bedürfnisse der Manege zurechtgezimmert hatte; und Maria sollte darin sich selbst spielen! Wollte sie nicht ihre und ihrer Kinder Existenz aufs Spiel setzen, so musste sie auftreten. Und sie erlebte Abend für Abend wieder jene schrecklichen Ereignisse des 30. Dezember 1916...

Als wir sie damals, im Januar 1929, in ihrer Zirkusgarderobe besuchten, hatte sie sich mit dem Unvermeidlichen abgefunden. "Die Welt ist anders geworden", sagte sie uns, "aber ich bin zum Glück noch jung genug, um mich mit ihr zu ändern. Glauben Sie mir, ich fühle mich bei meiner Arbeit wohler als vor zwölf Jahren am Zarenhof!"

Das Engagement ging zu Ende, Maria wusste nicht, wovon sie die nächsten Wochen leben sollte. Sie besass noch ein Schmuckstück, und das wollte sie verkaufen: den Rasputin-Orden, den sie von der Leiche ihres Vaters abgenommen und mit auf die Flucht aus Russland genommen hatte. Bei einem Juwelier in der Berliner Friedrichstrasse verkaufte sie den Orden.

+

Drei Jahre ruhte der Orden in seiner Schublade. Eines Tages kam ein Tonfilm-Hilfsregisseur und lieb ihn sich aus für die Aufnahme des Films "Rasputin". Als der Film lief, kamen reihenweise russische Emigranten, die den Juwelier baten, ihnen den Orden zu zeigen. Gekauft hat ihn keiner, das Geld fehlte. Aber der fanatischste Weissrusse unter ihnen muss es gewesen sein, der sich den Orden auf andere Art zu verschaffen wusste...

Vor wenigen Tagen wurde bei dem Juwelier eingebrochen. Unter kleineren Wertgegenständen fehlt der Orden. Nur die russischen Emigranten, die ihn gesehen, wussten, in welchem Fach er untergebracht war. Die Polizei verfolgt bestimmte Spuren. Was mag das für ein Mensch sein, der zum Verbrecher wird um eines kleinen Stücks Emaille willen, das er ja doch nicht verkaufen kann und das für ihn nur die wehmütige Erinnerung bedeutet, an eine Welt, die versunken ist und nie wieder zur Wirklichkeit werden wird?

-e-

+

+

+

Angeklagter Generaldirektor. Vom Landgericht I Berlin wurde Anklage erhoben gegen Generaldirektor Max Apelt von der "Bavag". Ueber das Vermögen der aus der deutschen Kraftfahrzeug Versicherungs A.G. hervorgegangenen "Bavag" war im Herbst vorigen Jahres das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Zusammenbruch des Unternehmens soll auf schwerwiegende Verfehlungen Apelts zurückzuführen sein. Die Anklage lautet auf handelsrechtliche Untreue, Bilanzverschleierung und Abgabe falscher Erklärungen gegenüber dem Handelsregister. Ausserdem wurde Anklage erhoben gegen das zeitweilige Bavag-Vorstandsmitglied Direktor Emil Fischer. Fischer wird handelsrechtlicher Untreue beschuldigt.

+

+

+

Universitätsfriede? Unter verstärkten Sicherheitsmassnahmen wird am Sonnabend der Lehrbetrieb an der Berliner Universität wieder aufgenommen werden. Die Nazis, die das völlig indiskutable Verlangen gestellt hatten, dass den jüdischen Studenten der Aufenthalt in der Vorhalle der Universität verboten werde, haben sich - vorläufig theoretisch - den Forderungen der Universitätsleitung unterworfen. Die Universitätsbehörde erliess auf Grund der Besprechungen mit den einzelnen politischen Gruppen der Studentenschaft folgende Erklärung: "Dem Rektor der Universität, Professor Iiders, liegen die schriftlichen Erklärungen der studentischen Vertreter aller politischen Richtungen vor, dass die einzelnen Gruppen gewillt sind, den Burgfrieden in der Universität zu halten, damit der geregelte Lehrbetrieb aufrecht erhalten werden kann, und dass sie die feste Absicht haben, sich aller Provokationen zu enthalten. Der Senat tritt am Sonnabend zusammen, um über die Massnahmen zu beraten, die die Durchführung des Burgfriedens gewährleisten."

+ + +
Schiffsuntergang. An der Südwestküste Irlands stiess ein finnischer Viermaster mit einem Petroleumschiff zusammen. Das Finnenschiff sank. Elf Mann der Besatzung kamen ums Leben, fünfzehn wurden gerettet.

+ + +
Ehrlich verhaftet. Im Zusammenhang mit den im Devaheim-Prozess getroffenen Feststellungen wurden am Freitag morgen in Berlin der Verleger des Industrie-Kuriers, Dr. Otto Ehrlich, und der Hauptschriftleiter des Blattes, Dr. Kurt Spicker unter dem Verdacht der vollendeten und versuchten Erpressung verhaftet.

+ + +
"Der bewachte Kriegsschauplatz". Vom Schöffengericht Berlin-Chalottenburg wurde der verantwortliche Redakteur der "Weltbühne", Carl von Ossietzky, von der Anklage der Beleidigung der Reichswehr freigesprochen. Ossietzky hatte einen in der "Weltbühne" erschienenen Artikel "Der bewachte Kriegsschauplatz" von Kurt Tucholsky zu vertreten. In diesem Artikel war der Passus "Soldaten sind Mörder" beanstandet worden. Der Angeklagte wies in der Verhandlung darauf hin, dass er den Weltkrieg aktiv mitgemacht habe und ihn daher nicht nur literarisch kenne. Mit dem Ausdruck "Mörder" sei keine juristische Bezeichnung ausgesprochen und der Begriff des Soldaten nur abstrakt gemeint; insbesondere sei nicht auf die Reichswehr Bezug genommen. Carl von Ossietzky führte weiter aus: "Wir als Anhänger des Friedens haben die Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Krieg nichts Heroisches hat, sondern Schrecken über die Menschheit bringt. Weil wir wissen, dass die Situation machtpolitisch für uns nicht günstig ist, gerade deshalb müssen wir eine lapidare Sprache wählen. Wir können den Nachweis führen, dass sich diese Sprache von der Bibel her durch die ganze Weltliteratur hinzieht. Auch in der Enzyklika des Papstes Benedikt XV. vom Jahre 1915 wird der Krieg als grauenhafte Schlachtereie bezeichnet".

Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf sechs Monate Gefängnis. Nach seiner Meinung seien durch den Satz "Soldaten sind Mörder" die Teilnehmer des Weltkrieges, insbesondere die deutschen Kriegsteilnehmer und damit auch zahlreiche jetzige Reichswehrangehörige getroffen worden. Das Gericht kam indes zu der Auffassung, dass der Kreis der beleidigten Personen nicht bestimmt genug sei.

+ + +
Die Rache des Professors. Professor Carl Camillo Schneider, der auf den Wiener Universitätsrektor Professor Abel einen Revolveranschlag ausgeführt hat, sprach sein Bedauern darüber aus, dass er sein Ziel verfehlt habe. In einem an einen Freund gerichteten Brief teilt Schneider mit, dass das Attentat die notwendige Folge seiner Zurücksetzung sei. Schneider hatte an der Wiener Universität einen Lehrauftrag für Zoologie erwartet; ausserdem litt er darunter, dass man seine spiritistischen "Forschungen" nicht anerkannte.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Vor und hinter den Kulissen.

SPD. Der vollkommene Bankrott der Kommunistischen Partei zeigt sich nirgends besser als in ihrem Einheitsfront-Humbug. Dass die KPD die Einheitsfront nicht will, steht fest. Dutzende von Beweisen dafür liegen bereits vor. Die Werkzeuge Moskaus haben nicht den Auftrag, eine geschlossene Kampffront des Proletariats gegen den Faschismus aufzurichten, sondern nach wie vor nur die Aufgabe, der Sozialdemokratie die Wähler abzuführen. Der grosse Augenblick findet in der KPD nur jämmerlich kleine Geister. Trotz des Ernstes der Stunde, trotz eines Kampfes von geschichtlicher Grösse, des Kampfes der deutschen Arbeiter um ihre Freiheit sind die kommunistischen Führer nicht imstande, realpolitisch zu denken. Seelische Grösse und geistige Ueberlegenheit ist ihnen fremd, auch jetzt in der Stunde der Gefahr. Man kann nur staunen über die Geistesarmut von Führern, denen es im Grunde genommen so leicht gemacht ist, für ihre Partei Stimmen zu holen, und denen trotzdem nichts anderes einfällt, als gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften weiter zu schimpfen, als eben dieser ihr Einheitsfront-Humbug.

Erklären lässt sich dieses völlige Versagen von Leuten, die sich einbilden, in Deutschland das Proletariat zu führen, nur damit, dass die Kommunistische Partei in Deutschland im Grunde genommen ohne jede Orientierung ist. Moskau hat zur Zeit zu viel mit sich selbst zu tun und muss daher anscheinend die deutschen Führer der Kommunisten sich selbst überlassen. Die Politik dieser "Führer" ist infolgedessen auch danach. Vor den Kulissen wird also treu und brav weiter geschimpft auf die Gewerkschaften und auf die Sozialdemokratie, wird der Einheitsfront-Humbug tapfer fortgesetzt. Hinter den Kulissen jammert man über den Bankrott dieser Humbug-Politik. So erklärte, wie wir erfahren, auf einer RGO-Konferenz, die am 21. Juni in Essen stattfand, der Referent Beyer, dass das Misslingen des Januar-Streiks in Russland eine starke Beunruhigung hervorgerufen habe. Dort habe man diese Niederlage damit erklärt, dass die deutschen Kommunisten eine verkehrte Einheitsfrontpolitik getrieben hätten. Die Hetze gegen die Gewerkschaften sei falsch gewesen, sie sei von der Arbeiterschaft nicht verstanden worden. In der Zentrale der Roten Gewerkschaftsinternationale sei man infolgedessen beinahe zu dem Entschluss gekommen, die RGO in Deutschland aufzulösen. Die deutschen Kommunisten hätten jedoch um gut Wetter gebeten, weil sie sich nicht vor der deutschen Oeffentlichkeit vollkommen lächerlich machen wollten. Der zweite Referent Siepmeyer erklärte die Frage der Einheitsfront als wichtigstes Problem der Gegenwart. Aufgabe der Kommunisten sei es, die freigewerkschaftlichen und christlichen Arbeiter ideologisch zu gewinnen. Um die Massen unter kommunistischen Einfluss zu bringen, dürfe man aber die reformistischen Führer nicht als Verräter bezeichnen, weil man damit die Arbeiter nicht gewinnen könne. Die Russen hätten den deutschen Kommunisten den Vorwurf gemacht, eine Rundschreibenfabrik eingerichtet zu haben. Statt Rundschreiben zu verschicken, täte man klüger, in den Betrieben zu arbeiten und zu zeigen, dass die Kommunisten die Arbeiterinteressen besser wahren könnten als die freigewerkschaftlichen Funktionäre. Diesen Beweis habe man aber bis jetzt nicht erbringen können.

Daraus geht ganz klar hervor, dass die ganze Einheitsfronttaktik der

Kommunisten nur den Zweck hat, vor den Kulissen den Arbeitern den Bankrott der kommunistischen Partei zu verschleiern. Dass die Kommunisten völlig ausserstande sind, die freigewerkschaftlichen christlichen Arbeiter ideologisch zu gewinnen, zeigt ein Blick in ihre Presse, die heute schreibt wie irgendein ordinäres nationalsozialistisches oder rechtsradikales Hetzblatt. So hat sich die kommunistische Presse zu folgenden Sätzen verstiegen: "Die Sozialdemokratie hat 12 Jahre lang mit hündischer Treue die Erfüllungspolitik durchgeführt. Die Sozialdemokratie ist die knechtselige Trägerin und Vorkämpferin der Politik der Unterordnung unter das Diktat des französischen Imperialismus, der freiwilligen Auslieferung werktätiger deutscher Volksgenossen im Osten Deutschlands unter den Stiefel des polnischen Faschismus. Nur im schärfsten Kampf gegen die verräterische Sozialdemokratie kann das deutsche Proletariat die Ketten der kapitalistischen Lohnsklaverei und des Versailler Vertrages zerbrechen."

Wie man sieht, kämpft auch heute noch die kommunistische Partei in der Front der Rechtsradikalen gegen die Sozialdemokratie. Ihr Einheitsfrontgerade ist nichts anderes als Unehrlichkeit und Verlogenheit. Wer will sich angesichts der nationalistischen Schreibweise der kommunistischen Presse wundern, wenn bei den Wahlen viele Kommunisten in das Hitlerlager hinübergewandert sind? Die Rechts- und Linksradikalen sind sich nach wie vor in der Bekämpfung der Sozialdemokratie einig. Die Front gegen den Faschismus kann nicht durch unsichere Kantonisten gestärkt werden - Sie braucht zuverlässige Kämpfer. Ihre Kämpfer sind die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeitnehmer.

SPD. Auch der Papen-Regierung ist es nicht entgangen, dass in der Bevölkerung so etwas wie ein politischer Witterungsumschlag festzustellen ist. Niemand wird sich daher darüber wundern, wenn die Regierung überall dort, wo ihr die Bindung an die Hitler-Partei noch eine Möglichkeit dazu lässt, jetzt vor den Wahlen dem Volk ein freundliches Gesicht zu zeigen sich bemüht. So verlautet jetzt, dass im Reichsernährungsministerium zur Zeit Siedlungspläne erörtert werden, die sich an das - Siedlungsprogramm des Kabinetts Brüning anlehnen. Natürlich darf diese Anlehnung nicht zu intum werden, und so will man Vorsorge treffen, dass bei der Entscheidung über die für die Siedlung bereit zu stellenden bankrotten Güter auch zwei Grossgrundbesitzer mitsprechen.

Es geht doch merkwürdig zu in der Welt. Da hat man die Regierung Brüning gestürzt, weil die ostelbischen Grossagrarien Brüning als Siedlungsbolschewist denunzierten. Jetzt auf einmal will man aber sogar auf die Pläne der Siedlungsbolschewisten zurückgreifen. Für dieses Jahr ist allerdings das Siedlungsprogramm der Regierung Brüning auf alle Fälle erledigt, und das macht sicherlich den Herrschaften, die jetzt auf einmal wieder siedlungsfreudig geworden sind, sicherlich grossen Kummer.

SPD. Gertrud Hanna konnte am 1. Juli auf 25 Jahre Arbeit als Sekretärin des Arbeiterinnenkomitees der freien Gewerkschaften zurückblicken. Sie war Buchdruckerhilfsarbeiterin und wurde noch blutjung, im Alter von 21 Jahren bereits Vorstandsmitglied ihres Verbandes. Nach dem Krieg wurde Gertrud Hanna Mitglied des preussischen Landtags. Was sie für den Aufstieg der Arbeiterin geleistet hat, ist ein Stück deutscher Geschichte.

Wirtschaft Technik Gandell

Das Reich als Schwerindustrieller.

Was wird aus dem Ruhrtrust? - Fragen der Verstaatlichung und der Auflockerung.

SPD. Mit dem Kauf der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. hat das Reich massgebenden Einfluss auf die Vereinigten Stahlwerke, den sogenannten Ruhrtrust gewonnen und damit auf einen wesentlichen Teil der deutschen Eisen- und Stahlproduktion, auf grosse Verarbeitungsgebiete und auf die Steinkohlenförderung in Rheinland und Westfalen. Der Ruhrtrust vereinigt auf sich über zwei Fünftel der deutschen Eisenproduktion und fast ein Drittel der rheinisch-westfälischen Kohlenförderung. Dazu kommen Verarbeitungsbetriebe wie die Ruhrstahl A.G., die Deutschen Edelstahlwerke, die Bergische Stahlindustrie usw. Zu erwähnen ist noch der Einfluss des Ruhrtrusts auf die Oesterreichische-Alpine Montangesellschaft und den Mitteldeutschen Stahltrust.

Die Frage ist, wie das Reich den durch Kauf der Gelsenkirchener Bergwerksaktien gewonnenen Einfluss ausnutzen will? Anscheinend hat der frühere Reichsminister Dietrich, dem die Adelsregierung das Gelsenkirchengeschäft an die Rocksöhne gehängt hat, daran gedacht, im Interesse des Reiches und der Gesamtwirtschaft Einfluss auf die deutsche Schwerindustrie zu nehmen. Dietrich hätte damit eine Aktion eingeleitet, wie sie beispielsweise der preussische Staat vor dem Krieg im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau durchführte. Es ist jedoch nicht daran zu denken, dass die Adelsregierung von Papen, die sich neben Hitler und der Grosslandwirtschaft besonders auf die Schwerindustrie stützt, diese Linie weiterverfolgt. Tut sie es nicht, dann kann nur aus dem Gelsenkirchenskandal, der schon an sich ein beispielloser Skandal ist, ein noch grösserer Skandal erwachsen.

Dabei denken wir zunächst daran, dass der Ruhrtrust seit Jahren finanziell in bösester Unordnung ist. Die Ueberspekulation, auf die wir schon vor Jahren hingewiesen haben, die Ueberspekulationen im Ruhrtrust und nicht zuletzt die Ueberspekulationen und die Ueberrationalisierung rächen sich und fordern gebieterisch den Kapitalschnitt. Daran kann auch die immer wieder aufgestellte Lüge, der "Gewerkschaftsstaat" und der "Marxismus" hätten die Vereinigten Stahlwerke zugrunde gerichtet, nichts ändern. Hinter diesen Phrasen verbirgt sich nur das Bestreben der Grossaktionäre, keine Opfer zu bringen und am Kapitalschnitt vorbeizukommen. Die Vereinigten Stahlwerke müssen aber irgendwie saniert werden und das Reich ist jetzt als Grossaktionär der Vereinigten Stahlwerke an dieser Sanierung doppelt interessiert. Nun liegen die Dinge so, dass dem Reich über die Gelsenkirchener Bergwerks A.G. von dem Kapital der Vereinigten Stahlwerke in Höhe von 775 Millionen Mark rund 460 Millionen Mark gehören. Der Rest verteilt sich auf die Grossindustriellen Otto Wolff und Fritz Thyssen, den Rhein Stahlkonzern usw. Das Reich hat also wohl eine Majorität bei den Vereinigten Stahlwerken, aber nicht die Dreiviertelmehrheit, die notwendig ist, den Kapitalschnitt durchzusetzen. Hinsichtlich einer Sanierung, bei der auch die Grossaktionäre belastet würden, sind dem Reich die Hände gebunden. Und man kann wohl annehmen, dass sich die Adelsregierung die Hände im Ruhrtrust sehr gern binden lässt. Die Sanierung der Vereinigten Stahlwerke wird also ein Ding für sich sein, das Ueberraschungen bringen kann.

Anscheinend will man die Drähte im Ruhrtrust so ziehen, dass das Reich den rheinisch-westfälischen Eisenbaronen die Schulden bezahlt, dann seines Weges

geht und die Schwerindustrie, nach dem sie die Reichsgelder geschluckt hat, wieder unter sich lässt. Es sind in den letzten Tagen in der schwerindustriellen Presse Stimmen aufgetaucht, die derartige Pläne vermuten lassen. Man führt, ausgerechnet in der schwerindustriellen Presse, an, dass die riesigen Zusammenballungen in Konzernen und Trusts für die deutsche Wirtschaft nicht immer förderlich gewesen seien. Das versteht sich von selbst. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Deutschland hat ihre schlimmste Verschärfung durch den Konzernkapitalismus erhalten, Verschärfungen, die sich umso fürchterlicher auf unser Wirtschaftsleben und unser soziales Leben auswirkten, je mehr die Zusammenballungen unsolide und spekulativ finanziert wurden, wie das bei Gelsenkirchen und im Ruhrtrust der Fall ist. Auch wir halten eine Auflockerung der grossen Montankonzerne für dringend notwendig. Aber in anderer Form und mit anderen Zielen, wie sich das die Schwerindustrie denkt.

Werden die schwerindustriellen Projekte verwirklicht, dann läuft die ganze Aktion auf einen glatten Betrug des Reiches hinaus.

Für diese Auflockerung der grossen Montankonzerne in Deutschland wird z. B. der Austausch von Aktien angeregt. Das klingt ganz harmlos. Aber schon im Fall Gelsenkirchen-Ruhrtrust zeigt sich der Pferdefuss und die Absicht zum Betrügen. Die Herrschaft des Reichs über die Vereinigten Stahlwerke mit Hilfe der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. ist nämlich eine sehr komplizierte Angelegenheit. Das Reich besitzt allerdings von dem Gelsenkirchener Kapital in Höhe von 250 Millionen Mark rund 125 Millionen Mark. Gelsenkirchen allein hat aber noch nicht die Majorität im Ruhrtrust. Für diese Herrschaft gebraucht Gelsenkirchen den Phönixkonzern und die van der Zypen A.G. Von dem Phönixkapital in Höhe von 190 Millionen Mark liegen 95 Millionen bei Gelsenkirchen. An van der Zypen ist Gelsenkirchen mit rund 15 Millionen von etwas mehr als 16 Millionen beteiligt. Gelsenkirchen braucht Phönix und van der Zypen, wenn es beim Ruhrtrust etwas bestellen will. Auf dieser Verschachtelung hat Flick bei Gelsenkirchen seine Herrschaft über die Vereinigten Stahlwerke aufgebaut. Solange Flick in Gelsenkirchen sass, war alles in Ordnung. Jetzt spricht man davon, dass die einzelnen Konzerne, um "aufzulockern", ihre Aktien wieder eintauschen sollen. Gelsenkirchen hätte so den entsprechenden Aktienbesitz an Phönix und van der Zypen zurückzugeben. Sein Einfluss auf die Vereinigten Stahlwerke wäre dann geschwächt und erschüttert. Das Reich säesse in Gelsenkirchen und hätte auf die Entwicklung der Dinge bei den Vereinigten Stahlwerke keinen Einfluss. Es könnte zahlen und hätte nichts zu bestellen.

Man darf annehmen, dass die deutsche Öffentlichkeit sich mit einer solchen Wendung der Dinge nicht zufrieden geben wird. Die deutsche Öffentlichkeit will, dass in der Schwerindustrie endlich Ordnung geschaffen wird, und ist davon überzeugt, dass nur der Staat Ordnung schaffen kann. In richtiger Erkenntnis der Dinge hat der von der Schwerindustrie Reichsverband der deutschen Industrie noch neulich eine Atakke gegen den Staatssozialismus geritten. Staatssozialismus hin, Staatssozialismus her. Die Dinge liegen doch in Deutschland so, dass man von dem Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsführung allgemein überzeugt ist. Die Partei-gruppierungen in Deutschland beweisen das am besten. Wenn der grösste Teil des deutschen Volkes für antikapitalistische Parteien stimmt bzw. einer Partei die Stimme gibt, die die Enteignung der Banken- und Börsenfürsten predigt, dann ist das eine Aktivlegimation und ein Vertrauensvotum für den Staatssozialismus, und für die Verstaatlichung. Zuguterletzt sind ja die Herrscher der gegenwärtigen Schwerindustrie nicht Leute der Produktion, sondern sie verwalten nur Aktienpakete. Sie sind nicht "schaffendes Kapital", sondern "raffendes Kapital".

SPD. Im Berliner Wirtschaftsgebiet betätigt sich seit einiger Zeit die Migros-Verteilungs G.m.b.H. im Kleinhandel. Das Unternehmen hat die Finow-Farm erworben, die eine Zeitlang durch die Spalten der bürgerlichen Presse spukte. Diese Farm wurde von dem Hirsch-Kupfer-Konzern (Eberswalde) gegründet, um zunächst die Arbeiterschaft seiner Betriebe mit Eiern, Butter usw. zu versorgen. Allmählich griff die Finow-Farm auf das Berliner Gebiet über. Die ganze Geschichte hat nicht gut geendet und Hirsch-Kupfer war froh, als man die Farm an die Migros abstoßen konnte. Die Migros ist jetzt dabei, das Geschäft nach schweizerischem Muster in grossem Stil aufzuziehen.

Mutterland des Migrosystems ist nämlich die Schweiz. Hier besteht seit einigen Jahren die Migros A.G., die im Jahre 1931 einen Umsatz von 30 Millionen Franken erreichte. Das Geschäft der Migros spielt sich auf Automobilen ab. Es werden gewissermassen fahrende Läden eingerichtet. Zu einer bestimmten Zeit halten die Automobile in bestimmten Strassen und setzen ihre Waren ab. Bedenklich ist schon, dass die Waren nicht in den üblichen Gewichtsmengen abgegeben werden, also nicht in 1/2 Pfund- oder Pfundpackungen, sondern zu runden Preisen, etwa 625 gr oder 630 gr für einen Franken. Wie früher beim Brot in Deutschland hat der Käufer nicht die Möglichkeit, den Preis zu kontrollieren. Auch setzt Migros nur grundsätzlich solche Waren ab, die ansehnlichen Gewinn bringen. In der Schweiz hat sich gezeigt, dass Waren, deren Verkauf für die Migros unrentabel ist, sofort fallen gelassen werden. In Zürich vertreibt die Migros gegenwärtig nur 175 Waren, die Züricher Konsumgenossenschaft dagegen 1 275. Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, was wir oben über die Geschäftsmethoden der Migros gesagt haben. Eine starke Ausbreitung des Migrosystems müsste zur Folge haben, dass andere Betriebe die Preise für Bedarfsgüter, an denen im allgemeinen nicht viel verdient werden kann, heraufsetzen müssen, da sie an den Waren, die der fliegende Autohandel an sich gerissen hat, keinen Ausgleich mehr für die niedrigeren Ueberschüsse bei den weniger Gewinn bringenden Artikeln haben.

Die Migros beruft sich immer wieder darauf, dass ihr System Ähnlichkeit mit den Genossenschaften habe. Zu dieser Behauptung gehört ziemlich viel Phantasie. Die Genossenschaften sind auf das allgemeine Interesse eingestellt. Sie arbeiten für die Verbraucher und richten sich nach den Wünschen der Verbraucher. Bei der Migros ist aber das Profitinteresse ausschlaggebend und zwar werden die Profitinteressen derart durchgesetzt, dass die Verbraucher auf die Dauer stark geschädigt werden.

SPD. Das Reichsfinanzministerium teilt: "Mit Wirkung vom 1. Juli 1932 wird an Stelle der Krisenlohnsteuer eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erhoben, die sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, an den Bruttoarbeitslohn anknüpft und gestaffelt ist. Die Abgabe, die durch die Arbeitgeber von dem Bruttoarbeitslohn einbehalten wird, verwalten, soweit es sich um sozialversicherte Personen handelt, die Krankenkassen, soweit es sich um Personen handelt, die nicht der Sozialversicherung unterliegen (z.B. Beamte, private Arbeitnehmer mit mehr als 1000 Mark Monatsarbeitslohn) die Finanzämter. Am 17. und 18. Juni 1932 sind die Durchführungsbestimmungen von den beteiligten Reichsministerien erlassen und in sämtlichen Amtsblättern veröffentlicht worden. Etwa noch erforderliche Auskünfte können bei den Krankenkassen und den Finanzämtern eingeholt werden".

SPD. Nach der Erhebung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erfasst sind 153 Konsumgenossenschaften - ist der Gesamtumsatz von 88,90 Millionen Mark im Mai 1931 auf 49,65 Millionen Mark im Mai 1932 zurückgegangen. Der

Umsatz pro Mitglied verringerte sich von 24,91 Mark im April 1932 auf 22,88 Mark im Mai 1932. In dem Bericht des Zentralverbandes wird empfohlen, "ange= sichts der unbefriedigenden Ergebnisse die Schliessung von Verteilungsstellen, in denen in absehbarer Zeit eine Wirtschaftlichkeit nicht zu erzielen ist, nicht länger hinauszuschieben."

SPD. Die Reichsregierung hat den Reichshaushalt für 1932/33 als Notver= ordnung erlassen, jedoch "vorbehaltlich der endgültigen Verabschiedung durch den neuen Reichstag". Es ist das erste Mal, dass ein durch den Reichstag über= haupt nicht beratener Etat durch Notverordnung erlassen wird. Der von der Re= gierung Brüning 1930 durch Notverordnung verabschiedete Etat war wenigstens vom Haushaltsausschuss des Reichstages durchberaten worden. Der Hinweis auf die Möglichkeit, dass der kommende Reichstag endgültig über diesen Reichshaus= halt zu beschliessen haben werde, ist nicht viel mehr als weisse Salbe. Denn die Reichsregierung hat einstweilen ihre Ausgabenbewilligungen. Sie kann das Geld ausgeben, so wie sie es will.

Der durch Notverordnung erlassene Etat für 1932 enthält in dem Ansatz für Krisenfürsorge, der wesentlich niedriger ist als der Betrag, der noch in der Haushaltsvorlage der Regierung Brüning für 1932 stand, die Grundlage des arbeiterfeindlichen Kurs der Regierung Papen. Aber nicht nur ihre unsoziale Einstellung hat die Regierung mit dem Erlass des Etats zu erkennen gegeben, sondern auch ihre siedlerfeindliche Politik; denn sie hat die Erhö= hungswünsche des Reichsrats bei den Siedlungsausgaben nicht berücksichtigt. Noch vor kurzem konnte man in den Ministerreden hohe Töne über besondere Sied= lungsbegeisterung im Kabinett Papen hören.

Die Deckung des Etats für 1932 selbst steht nur auf dem Papier. Besonders bedenklich ist, dass der Etat zwar eine Ermächtigung an die Reichsregierung zu einem Gesamtstrich von insgesamt 110 Millionen Reichsmark an den verschie= denen Titeln des Reichshaushalts für 1932 enthält, ohne dass aber die Regie= rung bereit gewesen ist, im Reichsrat anzugeben, wo sie im einzelnen diese Streichungen zu machen beabsichtigt. Auch hier können noch Ueberraschungen auf sozialpolitischem Gebiet eintreten.

SPD. In Berlin haben am Freitag die Metzger den Boykott des Viehmarktes durchgeführt. Die Lieferanten stellten sich auf die Massnahmen des Metzger= gewerbes früh genug ein. So war z.B. der Berliner Schweinemarkt am Freitag nur mit 1 320 Schweinen beschickt gegenüber rund 10 000 an normalen Tagen. Es entwickelte sich nur sogenanntes Exportgeschäft, wobei natürlich fraglich bleibt, wieviel vonden am Freitag getätigten Aufkäufen in die Küche der Ber= liner Hotels exportiert wird. Der Boykott soll auch am kommenden Dienstag durch geführt werden. Anscheinend sind einige nationalsozialistische Drahtzieher am Werke, die aus der Schlachtsteuer parteipolitisches Kapital schlagen wollen. Der Verbandstag der Fleischer, der Anfang in dieser Woche in Dortmund tagte, hat fast einstimmig den Verkaufsstreik und den Boykott abgelehnt. Er fasste den vernünftigen Beschluss, die Angelegenheit in Verhandlungen zwischen der Organisation und der Regierung auszutragen - und liess sich auch in dieser richtigen Ansicht von einigen stimmbegabten nationalsozialistischen Fleischer= meistern, die es in ihrer Partei zu Abgeordneten gebracht haben, nicht beirren. Bei dem Verkaufsstreik, wie ihn Berlin gegenwärtig erlebt, werden die Din= ge so ausgehen wie beim Bierstreik vor einigen Monaten. Man schädigt das Ge= werbe, man schädigt die Landwirtschaft. Herauskommen kann nichts dabei. Ge= rade die ärmere Berliner Bevölkerung wird diesen Streik, aus leider erkennbaren Ursachen, recht lange aushalten können.

Zu erwähnen ist die falsche Kampffront der Berliner Fleischermeister, die in einem sogenannten Kampfausschuss auch gegen ihre Organisationen stehen dürften. Die Kampfhähne wissen ganz genau, dass Preussen sich zu der unsozialen Schlachtsteuer, die sobald wie möglich verschwinden muss, entschliessen musste, weil das Reich Preussen mit 100 Millionen Mark in Stich liess. Anstatt nun beim Reich einmal dafür zu sorgen, dass die Ursachen beseitigt werden, die in Preussen zur Schlachtsteuer führten, wird der ganze Kampf parteilich gegen Preussen eingestellt. Währendes wird die Gefahr immer grösser, dass die Schlachtsteuer in Preussen, die vorübergehenden Charakter hat, durch das Adelskabinett in eine Reichsschlachtsteuer umgewandelt wird. Die wird man dann nicht durch sinnlose Verkaufstreiks beseitigen können.

Im übrigen halten die Berliner Metzger nicht mit der Ankündigung zurück, die gesamte Schlachtsteuer auf die Konsumenten abwälzen zu wollen. Das Fleisch müsse jetzt, nachdem die Schlachtsteuer eingeführt worden ist, um 10 Pfennig pro Pfund teurer werden. Die Berliner Metzger wollen also auch noch an der Schlachtsteuer verdienen. Nun ist das mit der Preiserhöhung in der Wirtschaftskrise eine eigenartige Geschichte. Steigen die Preise, dann muss sich der Konsum verringern. Bei einem verringerten Konsum sind auch die erhöhten Preise nicht zu halten.

Auch diese Überlegung müsste die Metzger bewegen, zu einer vernünftigeren Taktik im Kampf gegen die Schlachtsteuer zu kommen. Es ist auch nicht klug, sich aus parteilich politischen Gründen mit den grossen Verbraucherschichten zu verkrachen, die das Metzgergewerbe gebraucht, um die unsinnige Schlachtsteuer zu beseitigen.

Geringes Angebot, keine Kauflust.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Juli 32)

SPB. An der Berliner Produktenbörse hielt am Freitag die mangelnde Unternehmungslust weiter an. Angebot in neuer Ernte lag in Weizen und Roggen nur in sehr geringem Umfange vor. Aber auch die Kauflust der Mühlen hielt sich in engsten Grenzen. Trotzdem konnte sich am Markte der Zeitgeschäfte der Weizenkurs für die späteren Sichten behaupten, während Roggen leicht abgeschwächt war. Auch altes Brotgetreide beider Arten stand nur in sehr geringem Umfange zur Verfügung. Für prompten Weizen kam eine Notiz überhaupt nicht zustande, prompter Roggen wurde eine ^{1/2} Mark niedriger notiert. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Belebung. Weizenmehl war zwar etwas billiger angeboten, ohne Käufer zu finden. Bei Roggenmehl beharrten die Mühlen im allgemeinen auf ihren Forderungen. Für Hafer war die Tendenz ziemlich stetig; jedoch fanden sich Käufer nur für den dringendsten Bedarf. Hierbei mussten die hohen Forderungen der Eigner im allgemeinen bewilligt werden.

	<u>30.6.</u>	<u>1.7.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	247 - 249	-
Roggen	189 - 191	-
Braugerste	-	188-190
Futter=u. Industriegerste	162 - 172	162-172
Hafer	157 - 161	156-160
Weizenmehl	30,50 - 27,60	30,25-34,25
Roggenmehl	25,70 - 27,60	25,60-27,40
Weizenkleie	10,00 - 10,50	10,00-10,50
Roggenkleie	10,00 - 10,50	10,00-10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 251-252 (254), Sept. 224^{1/2} (225), Oktober 225^{1/2} (225^{1/2}), Dez. 229^{1/2} (229^{1/2}), Roggen Juli 184 (185^{1/2}) Sept. bis 179^{1/2} (180^{1/2}), Okt. bis 180 (181), Dez. - (184), Hafer Juli 163-162^{1/2} (164) Sept., 148 - 147 (-).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 1. Juli 1932.

Im alten Toledo.^x

SPD. "Als Gott die Sonne erschuf, hat er sie über Toledo gestellt, und Adam war Toledos erster König"; so verkündet sie Sage, und die Geschichte schweigt über das Entstehen einer allzu alten Stadt. Für den Besucher ist Toledo ein Stück einer so alten Vergangenheit, dass er während vieler Stunden sich in dieser Stadt wie losgetrennt fühlt von der Gegenwart, bis ihn das lebendig Spanische in dieser angeblich toten Stadt zur Realität der Dinge zurückruft.

Toledo mit seinen unzähligen engen Gassen und Gässchen, mit seinen Türmen und Türmchen, mit den Kirchen, Synagogen und Klöstern, alles um die Kathedrale terrassenförmig in einer öden Landschaft aufgebaut und vom grünen Flusse Tajo umspielt, ist eine mittelalterliche Burg, die in Pracht und Blut gebadet hat und viel spanischer ist als die spanische Hauptstadt Madrid. Römer, Barbaren, Araber hausten in Toledo, bis die Stadt am Anfang des 11. Jahrhunderts von christlichen Königen erobert und der christlichen Kirche, sozusagen, ausgeliefert wurde. Hier beginnt das dunkle Mittelalter Toledos mit seinen blutrünstigen Königen, die in nichts den blutrünstigen Christenverfolgern nachstanden. Schreckliche Gestalten werfen ihre Schatten auf die düstere Stadt, und man glaubt immer noch Kettengeklirr und Schreie der Gepeinigten zu hören. Die Inquisition.... Ja, die Geschichte der Judenverfolgungen ist mit Toledo eng verbunden, und wenn wir hier auch die Spuren der Macht und der Bedeutung der Juden im spanischen Mittelalter wiederfinden, wenn die Ueberreste alter Häuser und alter Synagogen von dem Reichtum und der Macht der Judenfamilien in Toledo erzählen, wenn sogar manche Strassen nach den Mächtigsten unter ihnen benannt sind, so darf man doch nicht vergessen, welches schreckliches Ende selbst der Schatzmeister des Königs Pedro des Schrecklichen, Samuel Lewi, gefunden hat. Inquisition und Verbannung der Juden war aber nicht die einzige dunkle Seite im Geschichtsbuch der katholischen Könige von Toledo. Im 16. Jahrhundert kämpften hier die "comuneros", die Verteidiger der Rechte der Kommunen, ihren Kampf aus, der mit der Niederlage der Bewegung und ihrer Helden, des Juan de Padilla und seiner Witwe Maria Pacheco, endete. Warum Philipp II. die Stadt verliess und seine Residenz nach Madrid verlegte, kann man schwer einwandfrei feststellen. Möglich ist es, dass er selbst vor der Macht der Kirche, die sich hier gross tat, flüchtete, ihr ein Gegengewicht schaffen wollte, das politisches Zentrum Madrid. Toledo behielt jedenfalls auch dann noch seinen Namen "imperial y coronada", und oft schwebte es den späteren Herrschern von Spanien vor, ihren Sitz wieder nach Toledo zu verlegen.

Es ist sehr leicht, zu sagen: "und dann verfiel Toledo" und wurde aus einer blühenden Stadt von 200 000 Einwohnern "ein totes Museum", wie es in den Führern steht. Was waren die Ursachen dieses Verfalls? Es will mir scheinen, dass diese Stadt am Untergang ihres Bürgertums zugrunde ging, dass sie nicht dem dreifachen Aderlass, dem des maurischen Bürgertums, dem der Juden und endlich dem der um ihre Selbständigkeit kämpfenden Städter, der "Comuneros", standhalten konnte. Es will mir scheinen, dass die Kirchen und Klöster, die die Stadt in der Hand behielten, keine allzu guten Verwalter waren, und dass Toledo nun, da die Theokratie Spaniens selber blutlos geworden ist, nur noch eine Touristenstadt sein kann....

Dennoch, tot ist diese Stadt nicht, denn tot ist wohl keine einzige Stadt

in Spanien, und in Toledo ist überdies eine Kriegsschule, und die vielen jungen Offiziere geben der Stadt ein ganz besonderes Gepräge. Schon in der Sonne glut des Vormittags sieht man sie am Hauptplatz des Städtchens an den unzähligen dort aufgestellten Kaffeehaustischen sitzen, und bei aller strengen Trennung der Geschlechter, die hier, in der Provinz selbstverständlich noch an der Tagesordnung ist, findet man auch die ganze Weiblichkeit des Städtchens hier versammelt, denn trotz der ausgesprochenen antimilitaristischen Tendenz der spanischen Republik zieht die schöne Uniform der Krieger das ewig Weibliche auch in Spanien mächtig an. Einen sonderbaren Kontrast bildet all diese Jugend zu den alten Mauern der Stadt, aber noch sonderbarer wirkt vielleicht ein grosses Plakat, das bunt an einer brüchigen grauen Mauer klebt: Generalstreik! - Er ist schon zu Ende, dieser Generalstreik, und er war weder sehr schlimm noch sehr erfolgreich, aber er war doch, und er zeugt davon, dass auch in dieser Touristenstadt, in dieser Stadt der zu Kirchen umgewandelten Synagogen, die wenig zahlreichen Arbeiter den Rhythmus der Zeit spüren und mit der Zeit mitgehen wollen. Es tut wohl auch sehr not, denn die Bevölkerung ist hier sehr arm. Weder Industrie noch Landwirtschaft bieten reiche Möglichkeiten, und nur im harten Kampfe könnte der arbeitende Mensch hier sein Wohlergehen finden. Nun, zum harten Kampf eignet sich der Spanier wenig, und zu Temperamentsausbrüchen der Barceloner oder der Andalusier ist der Bewohner von Toledo wohl weniger beschaffen; die engen Gassen und die Mauern drücken ihn nieder.

Viel Sehenswertes gibt es natürlich für den Besucher von Toledo: die herrliche Kathedrale, das alte Schloss, in dem die Militärakademie untergebracht ist, das alte Krankenhaus von Santa Cruz, in dem jetzt ein Provinzialmuseum und eine Bibliothek sind, und vieles, vieles andere. Ich aber wollte zunächst die Stätten sehen, wo die zwei grossen Künstler Cervantes und Greco gelebt haben. Das Haus, in dem Cervantes lebte, und wo er seine "La ilustracion feregon" geschrieben hat, gehört jetzt dem Staat und der Staat hat am Hause eine Gedenktafel anbringen lassen, um den grössten Genius Spaniens zu ehren. Aber innen ist das Haus verlottert; im Patio sah ich eine Koppel Pferde stehen, um die sich einige Soldaten zu schaffen machten. Vielleicht wollte man ihnen ein bisschen Schatten vergönnen. Besser sind schon die Toledaner mit dem Hause umgegangen, in dem der zweite grosse Künstler lange gelebt hat, Greco. Das Greco-Haus ist mehrmals restauriert und in ein Greco-Museum umgewandelt worden. In drei kleinen Sälen hängen hier 20 Bilder des wunderlichen Meisters beisammen, darunter eine Ansicht von Toledo, die seine innere Verbundenheit mit der Stadt zum Ausdrucke bringt.

Sophie Kramstyk.

Die schärfste Zollkontrolle.^x

Von Inspektor Ernest H. Barbour (New York).

SPD. Der Ozeandampfer legte an, und die Passagiere strömten an Land. "Sieh mal dieses Mädels! Ist sie nicht entzückend?" sagte ein Inspektor des Hafenzollamtes zu seinem Kollegen. Beide betrachteten eine schlanke, grossgewachsene Brünette, die über die Laufbrücke schritt. Ein Windstoss hob ihren Rock in die Höhe, sodass ein Paar vollendet schöner, langer, seidenbestrumpfter Beine sichtbar wurde. Der ältere der beiden Beamten genoss den Anblick mit gespannter Aufmerksamkeit. Dann ging er auf seinen Vorgesetzten zu. "Haben Sie diese Dame gesehen?" fragte er.

"Ja," erwiderte der Angesprochene. "Ein reizendes Geschöpf. Was ist los mit ihr?"

"Ich möchte, dass sie von einer unserer Beamtinnen gründlich durchsucht

wird. Ich glaube, dass einiges zu finden ist." Dann begab sich der Inspektor an sein Pult, um seinen ersten Passagier auszufragen.

Nach einer Stunde liess ihn sein Chef rufen. "Wieso wussten Sie?" fragte er. "Die Beamtin hat Spitzen im Werte von zumindest 3 000 Dollar gefunden. Sie hatte sie um den Leib gewickelt. Woher wussten Sie das?"

"Ganz einfach," erklärte der Inspektor. "Heutzutage (Der Vorfall spielte sich noch vor der Wiederkehr der langen Röcke ab), wo die Damen kurze Röcke und gerollte Strümpfe tragen, bleibt zwischen Knie und Unterwäsche ein ziemlich grosser Zwischenraum. Als der Wind die Toilette der Dame ein wenig in Unordnung brachte, bemerkte ich nicht ein Stückchen nackten Fleisches, sondern nur ein mattes Weiss."

+ + +

Der Trick der jungen Dame war in der Tat wenig geeignet, amerikanische Zollbeamte hinter Licht zu führen. So veraltete Methoden wie die Verwendung von Koffern mit doppeltem Boden, hohlen Stöcken und Schirmgriffen, falschen Absätzen, Busen und Hüften sind endgültig aus der Mode gekommen. Auch der Trick, Diamanten in einem Stück Seife oder in einer Tube Rasiercreme zu verstecken, ist längst überholt. Die Schmuggler müssen sich raffinierterer Methoden bedienen, wenn sie Erfolg haben wollen.

Ein originelles Täuschungsmanöver wurde vom ersten Offizier eines Passagierdampfers ins Werk gesetzt. Jedesmal, wenn sein Schiff die New Yorker Docks anlief, wurde er von einer Frau - offenbar seiner Gattin - erwartet, und jedesmal schlossen sich die beiden in die Arme und tauschten einen langen, sehr langen Kuss aus. Das war gewiss nicht Auffallendes. Dann verabschiedete sich die Frau, und der Offizier rief ihr zu, dass er sobald als möglich nach Hause kommen werde. Er müsse nur noch die Passagiere abfertigen. Einem Inspektor des Zollamtes fiel es jedoch schliesslich auf, dass die Dame jedesmal ihre Lippen gründlich mit dem Taschentuch abwischte, wenn sie ihren Mann geküsst hatte. Er hielt sie an und fand in ihrem Taschentuche einen taubengrauen Diamanten von sehr beträchtlichem Werte.

Es ist heutzutage so gut wie unmöglich, Edelsteine in die Vereinigten Staaten einzuschmuggeln. Nicht etwa, dass die Zollbeamten nicht getäuscht werden könnten. Aber Agenten der Schutzvereinigung der amerikanischen Diamantenschleifer und -importeure beobachten mit Falkenaugen alle Verkäufe ausländischer Händler und Schleifer. Wenn ein Amerikaner Diamanten im Auslande kauft, weiss auch das Schatzamt der Vereinigten Staaten binnen kürzester Zeit davon. In Drittel des Wertes der beschlagnahmten Edelsteine wird jedem Angeber, ohne dass dieser auch nur seinen Namen angeben muss, ausbezahlt.

Ein gut ausgedachter Trick hatte einige Zeit Erfolg. Das Schmuggelgut wurde in kleine, wasserdicht umhüllte Bündel gepackt, die mit deutlich sichtbaren weissen Korkschwimmern ausgestattet waren. Die Pakete wurden auf der Höhe von Sandy Hook aus dem Dampfer ins Meer geworfen und dann von den Komplizen der Schmuggler geborgen. Aber auch dieser Trick verhilft den arg geplagten Schmugglern heute zu keinen Erfolgen mehr. Schnelle Motorboote patrouillieren die Umgebung des New Yorker Hafens ab, und die Zollbeamten würden die schwimmende Konterbande vermutlich rascher aus dem Wasser fischen als die Gehilfen der Schmuggler.

Eine elegant gekleidete Dame kam vor einigen Jahren an Bord eines englischen Dampfers im New Yorker Hafen an. Im Arme trug sie ein niedliches Pekineserhündchen, das durch einen Mantel gegen die Unbilden der Witterung geschützt war. Sie winkte einem Manne zu, der auf jenem Teile des Piers stand, wo sich die Aussenseiter während der Dauer der Gepäckkontrolle aufhalten müssen. Auch der Hund bemerkte den Wartenden und schien sich vor Wiedersehensfreude nicht fassen zu können. Er zerrte und wand sich, sodass die Dame gezwungen war, ihn loszulassen. Mit Windeseile stürmte das Tierchen auf den Mann am Pier zu. Der liebteste es zärtlich, und, als die Dame ihm zurief: "George, willst du

so gut sein, Helen anzurufen, dass ich angekommen bin!", nickte er und entfernte sich, während der Hund ihm nachlief. Er wurde von einem Zollinspektor angehalten, der ebenfalls den Hund liebte und es sich dabei nicht nehmen liess, sein Mäntelchen einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Er fand darin Diamanten und Perlen, deren Wert ein Zwanzigfaches seines Jahresgehaltes darstellte.

Eine andere Dame trug beim Verlassen des Dampfers eine grosse Schachtel Bonbons von Pariser Fabrikat unter dem Arme. Sie gab sie ihrer Kammerzofe für die Dauer der Gepäckkontrolle zum halten. Die Maid konnte sich nicht enthalten, mit einem hübschen Inspektor des Zollamtes einen kleinen Flirt zu beginnen, und bot ihm schliesslich einen der Pariser Bonbons zum Kosten an. Der Beamte biss hinein, und da er etwas Hartes darin fand, setzte er sich so weit über alle guten Sitten hinweg, dass er den halb zerkauten Bonbon aus dem Munde nahm und untersuchte. Das Harte war ein Diamant. Nun zögerte er nicht länger, sich ungalanterweise nicht nur der ganzen Bonbonschachtel, sondern auch der Eigentümerin der Bonbons zu versichern: Die Kammerzofe verlor auf diese Weise einen guten Posten, und es ist nicht bekannt, ob der Zollinspektor sie dafür entschädigt hat.

Vor nicht langer Zeit begleitete eine junge Frau in Trauerkleidung den Sarg ihres angeblich in Europa verstorbenen Gatten in die amerikanische Heimat. Er sollte zu Hause bestattet werden. Mitfühlende Beamte erleichterten ihr die notwendigen Formalitäten; aber ein älterer Inspektor bestand darauf, auch den Sarg zu untersuchen. Er fand wirklich einen Leichnam darin - wenn auch nicht den des Gatten der Frau. Ausserdem aber fand er in der Innenverkleidung des Sarges so viele Diamanten, dass die "trauernde Witwe", wäre ihr der Trick gelungen, ein Vermögen verdient hätte.

Manchmal gelingt es, Juwelen einzuschmuggeln, und Beamte des Schatzamtes machen nachträglich den Erfolg des feinausgeklügelten Täuschungsmanövers zunichte. Im Vorjahre war eine Dame der vornehmsten New Yorker Gesellschaft nicht wenig überrascht, als sie bei einer Aufführung von "Tosca" in ihrer Loge den Besuch eines Herrn im Smoking erhielt, der mit ihr über ihr Perlenhalsband sprechen wollte. Die Perlen waren in Europa gekauft worden, und ein Agent der Schutzvereinigung der amerikanischen Juweliere berichtete mit beträchtlicher Verspätung über den Kauf. An diesem Abend trug die Dame die Perlen zum ersten Male. Auf welche Weise sie sie durch die Zollkontrolle bekommen hatte, wurde nie klargestellt. Nach längerem Widerstreben bezahlte sie die Zollgebühr im Betrage von 15 000 Dollar. Sie wird sich wohl nie wieder Schmuck im Ausland kaufen.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

Artistenschicksale. X

SPD. Es mag sein, dass die Artisten die weltfremdesten Menschen der Welt sind, weil sie ununterbrochen von Beruf, Pflicht, Neigung und Wunsch um den Erdball getrieben werden. Sie erscheinen mit vollendeter Bügelfalte und kostbarsten Abendschuhen auf dem Parkett; der Scheinwerfer grellt auf; ein Boy stürzt heran, nimmt Cape und Abendmantel, und der Herr hebt die Dame wirbelnd in die Luft und verrenkt seine Glieder, als habe er nicht einmal, was er zu verrenken scheint Knochen! Eine Notwendigkeit für Alltagsmenschen. Ein guter Schlangenmensch kommt ohne sie weiter! Andre haben sich mit Goldstaub beklebt. Das ist gefährlich. Die Arbeit zwingt zum Transpirieren; die feinen Körnchen können in die Hautporen eindringen und Vergiftungen, ja, Entzündungen schwerster Art heraufbeschwören. Mag ein Arzt abraten, mag ein Kollege warnen -

wenn ein Artist nur an die Wirkung glaubt und überzeugt ist, "Anschluss" zu bekommen, schlägt er es in den Wind. Der Trick ist alles, das Leben nichts!

Schlangenmenschen waren eigentlich veraltet. Kein Wunder, denn schon im grauen Altertum erheiterten sie die Gäste. 1840 brachte ein Mann namens Klischnigg diese Arbeit zu neuen Ehren, weil er im Affenkostüm geradezu phantastische Verrenkungen zeigte. Inzwischen wurde das Publikum abgestumpft, das sich in den Grundzügen bei jeder Darbietung alles wiederholte. Man fand auch, dass es nicht eigentlich erheitend sei, diesen Leuten zuzusehen, und dann litten die Nerven der Damen unter dem Märchen, jedem Schlangenmenschen seien in der Kindheit die "Knochen gebrochen". Noch heute glaubt man so etwas.

Selbst im eigenen Bekanntenkreise findet man einzelne Leute von mehr oder weniger grosser Gelenkigkeit. Also gibt es auch hierfür Begabungen. Gebrochene Knochen heilen doch schief oder krumm; es wäre das grösste Uebel, erlitt ein Kautschukmann einen Beinbruch! Training muss er allerdings von Kindheit an sehr ernsthaft treiben, und den meisten macht es Spass. Ein junger Mann namens Barryks - er war universell begabt - arbeitete als Seiltänzer, im schwingenden Kopftrapez und war ausserdem in allem Möglichen trainiert. Er fand eine hübsche Frau, die auch manches leisten konnte. Sie setzten sich zusammen und arbeiteten eine Nummer aus, die kürzlich vom Ausland her nach Deutschland kam - obgleich der Künstler gebürtiger Deutscher ist: die "letzte amerikanische Trick-sensation", eine Klischnigg-Nummer als eine Art Revue im Gesellschaftsspiel. Der Mann im Frack, die Dame in Robe, und er sitzt in einem spielenden Grammophonkasten erstaunlich zusammengefasst. Wenn sich die Türen des kleinen Schrankes öffnen, erscheint er kaum grösser als eine Katze und hat dabei gutes Mittelmass. Diese Barryks sind in Zürich, in Basel, in Budapest und Kopenhagen, kurz, rund durch Europa reisend, viel gefeiert und dann vom "Alkazar" in Hamburg nach Deutschland geholt worden. Gefahren springen nicht ins Auge, doch sind sie zahlreich. Würden Bühnenarbeiter den Apparat mit dem zusammengefallenen Manne fallen lassen, könnten Sehnen reissen, Muskeln springen, Knochen splintern. Barryks bleibt furchtlos.

Und furchtlos sind die "Fliegenden Teufel". Von ihnen gibt es Hunderte. Sie machen zumeist alle die gleiche Arbeit, und doch spannt die unerhörte Gefahr die Zuschauernerven immer wieder. Grösste Attraktionen der letzten Jahre waren die Codonas, deren Ruf die Welt umspannt - man erinnert sich des tragischen Unglücksfalls der Gattin des Führers der Truppe, der Artistin Leitzel, die durch einen kleinen Defekt an einem Eisenhaken in Kopenhagen zu Tode stürzte. Sogar am Tage, als das Unglück bekannt wurde, ging die Pflicht vor: der Gatte arbeitete im Berliner Variété, wie immer! Wenige Minuten nach der Vorstellung flog er nach Kopenhagen, blieb dort ohne Schlaf am Krankenlager fast zwanzig Stunden und erschien in Berlin wieder pünktlich zur Vorstellung. Erst wenige Tage später entschied das Schicksal über das Leben der Leitzel - sie erlag ihren inneren Verletzungen. Doch selbst an jenem Tage war Codonas durch nichts zu bewegen, seine Arbeit zu unterbrechen. Die Arbeit der Codonas besteht bekanntlich darin, dass in Trapezen unter der Kuppel die Männer, Kopf und Arme nach unten, sich gegenseitig ihre Partner zuwerfen, die ganze und halbe Drehungen im Fluge machen.

Man muss es einmal miterlebt haben, wie Artisten ums Herz ist, wenn eine Unglücksnachricht sie erreicht. Sie wollen immer arbeiten. Es geht an diesem Tage nicht um die Gage, nicht um den Applaus - es muss wohl die grosse Frage sein, das Schicksal überhaupt sein, die sie stellen: Kann ich mich beherrschen? Halte ich mich unter dieser ungeheuren Last auch gerade? Das Motiv haben Kitschfilme und Romane, die zumeist keine Ahnung von den wirklichen Zusammenhängen haben, aufgegriffen. Wenn sonst keine der darin geschilderten Szenen aus dem Artistenleben stimmt, diese eine ist richtig, Während zum Beispiel das Fratellini-Trio - jüngere Linie -, weltberühmte, herrliche Clowns, in Hamburg engagiert war, kam die Nachricht aus Brüssel, des Ältesten Frau liege

im Sterben. Das Telegramm wurde ihm in dem Augenblick überreicht, als er zwischen einigen Szenen von der Bühne zu verschwinden hatte, um sich ein neues Instrument zu holen. In der Kulisse riss er das Papier auf, überflog die Zeile nüchterner Worte, nahm wie ein Automat aus den Händen des Bühnenarbeiters das Instrument und erschien wieder im Scheinwerfer. Noch benommen wie von einem Faustschlag: er hatte sich gefreut, ein Kind zu bekommen, und erhielt nun diese Nachricht! Wenige Sekunden konnte er sich nicht rühren. Da sagte sein Bruder: "Wir wollen spielen. Komm her... Halt, was für ein Papier ist das? Ein Liebesbrief?" Schon etwas ahnend, riss er dem Andern das Telegramm aus der Hand, las und sah, dass jener noch Sammlung brauchte. Grinsend wandte er sich ans Publikum: "Komm schnell - es geht zu Ende, wenn du nicht kommst! Ich muss dich sehen. Ich liebe dich. Elvira." Die Mitteilung des Arztes las er nicht mit. Er zeigte auf den Partner-Bruder: den da meint sie! So komisch, dass ein brausendes Lachen durch den Saal erscholl. Ein Mann mit dicker, lächerlicher Nase, bauernbuntem Gesicht und einem so skurrilen Anzug bekommt einen Liebesbrief. Und er fasste sich und sagte mit aller Zärtlichkeit, deren ein Mensch fähig ist - und der Saal schwieg völlig bei seinen leisen Worten - "Ja, Elvira, ich komme nachher. Du sollst nicht vergeblich auf deinen Mann warten!" Tonfall, Szene, Vorbereitung - diese Komik riss abermals zu donnerndem Gelächter hin - kurz, es war der grösste Abend, den das Trio erlebte. Der Abend, an dem des Ältesten Frau in Brüssel starb.

Was aber wird aus dem Artisten, der verunglückt? Der Staat kann für die Artisten, deren Nationalität oft nicht feststeht, die als Deutsche oft Jahre im Auslande zubrachten und nun arbeitslos zurückkehren, kaum etwas tun. Nur die "Internationale Artisten-Loge" kann Hilfe bringen, die weltumspannende Berufsorganisation der Variété-, Kabarett- und Zirkusleute. Sie ist in diesen Notzeiten dazu übergegangen, in grossen Sälen Kollektiv-Vorstellungen erwerbsloser Artisten zu arrangieren, deren Ueberschüsse sie mit neuen Hilfsmitteln versorgen.

Walter Anatole Persich.

Durchfall und Erfolg.^X

SPD. Es gibt auch Ausnahmen - auch unter Schauspielern. Aber hier ist ein Beispiel für die Regel:

Der bekannte Komiker Josef Arnal befindet sich auf einer Gastspielreise in der Provinz. Er tritt Abends auf die Bretter und hört keinen Applaus, den er sonst bei seinem Erscheinen gewohnt ist. Zuerst ist er erstaunt. Dann wird er unsicher. Seine grosse, bewährte Erfolgsstelle kommt. Keine Hand rührt sich. Das Publikum bleibt kalt wie Eis. "Was habe ich falsch gemacht?" denkt er.

Unterdessen geht das Stück zu Ende.

Josef Arnal eilt in die Garderobe, schminkt sich ab, schlendert innerlich verärgert in den Strassen der Provinzstadt umher und schreitet schliesslich schwermutsvoll durch ein Café, in dessen hinterste Ecke er sich niederlässt. Ich setze mich zu ihm und sage: "Herr Arnal, Sie sind mit dem hiesigen Publikum unzufrieden?"

Er sieht mich überrascht an. "Keineswegs, Herr Doktor," beteuert er, "aber ich muss Ihnen gestehen, dass ich überall sonst, wo ich hinkomme, mit donnerndem Beifall empfangen werde."

"Hören Sie mich an, Herr Arnal!" sage ich zu ihm. "Ich werde Ihnen die Wahrheit sagen: Wir haben hier einen Komiker, der Ihre Rollen spielt. Er heisst Ferdl Annacher. Ein ganz talentierter Bursche, wenn auch natürlich kein Prominenter. Er spielt die Rolle anders als sie...lachen Sie nicht; er

ist kein Arnal, aber er trägt eine rötliche Perrücke. Das ist sein Trick. Sie aber spielen die Rolle in ihren eignen Haaren!"

"Schmierer-Mätzchen," meint Herr Arnal. "Ich mache doch nicht Zirkus!" Seine Stimme dröhnt vor Verachtung. "Ich bin doch kein Harlekin!" Seine Arme rudern durch die Luft. "Ich brauche mir doch nicht von einem Schmiererkomödianten mein Kostüm vorschreiben zu lassen. Lächerlich! Niemals!"

Der zweite Gastspielabend kommt. Josef Arnal hat einen ganz grossen Erfolg. Applaus empfängt ihn und begleitet ihn bis zum Schluss. Ich war verhindert, diesem zweiten Auftreten beizuwohnen. Nach der Vorstellung erwarte ich ihn in demselben Café. Er tritt mit strahlendem Gesicht ein.

"Wie war's, Herr Arnal?"

"Glänzend! Ueberwältigend! Zwanzig Vorhänge!"

"Sie haben meinen Rat befolgt und eine rötliche Perrücke getragen?"

"Nein, lieber Doktor, erwidert mir Arnal mit viel Haltung, "eine rötliche nicht - aber eine feuerrote."

Ich lächelte.

Ja, ja, so sind Schauspieler!

Walter Meckauer.

Drei Pfeile.^x

Trägst Du noch nicht die Drei Pfeile,
du, Mann, du, Frau, Mädcl, Junge?
Glaubst du nicht, es habe Eile?
Duckt in jeder Strassenzeile
nicht die Reaktion zum Sprunge?

Lasst die blanken Pfeile blitzen,
kampfesfroh, entschlossen, erzen,
lasst sie schwirren, dass die Spitzen,
unfehlbar im Ziele sitzen:
tief der Reaktion im Herzen!

Euer aller Tun und Lassen
steh' im Zeichen dieser Freiheit!
Gross im Kampfe, gross im Hassen
dieses Erzfeinds! In die Massen
senkt den Sehnsuchtsruf der Freiheit!

Hebt die Fäuste, die geballten,
auf, zermalmt des Unheils Wolke
wie der Unterwelt Gestalten!
Fliegt, Drei Pfeile, Lichtgewalten!
Freiheit! Freiheit allem Volke!

Emil Rath.

SPD. Die Anzahl der Leute, die nicht belehrt werden wollen - versteht sich: über Dinge, die ihren Interessen, Wünschen und angelernten Begriffen widersprechen -, ist nicht geringer als die Anzahl derer, die nicht belehrt werden können, aus Mangel an Anlagen und Bildung.

Ludwig Feuerbach.
